

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

DIE LANDWIRTSCHAFT KASACHTANS DIE PARLAMENTSWAHLEN IN TADSCHIKISTAN

■ ANALYSE

Agrargigant Kasachstan
Probleme und Perspektiven der landwirtschaftlichen Entwicklung 2
Von Vera Belaya und Maryna Mykhaylenko, Halle/Saale

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Kennziffern zur Landwirtschaft Kasachstans 6

■ DOKUMENTATION

Wenig Luft um nichts
Die Parlamentswahlen in Tadschikistan – Ergebnisse und Kommentare 11
Das Ergebnis der Parlamentswahlen und die Zusammensetzung des Parlaments 12
Statements und Kommentare zu den Parlamentswahlen 14

■ CHRONIK

Vom 20. Februar bis 19. März 2010 22

*Die Zentralasien-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa

gtz



**Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen**

DGO

**Deutsche Gesellschaft für
Osteuropakunde e.V.**

Analyse**Agrargigant Kasachstan****Probleme und Perspektiven der landwirtschaftlichen Entwicklung**

Von Vera Belaya und Maryna Mykhaylenko, Halle/Saale

Zusammenfassung

Die Situation der Landwirtschaft in Kasachstan ist heute durch eine Reihe von Problemen gekennzeichnet, die zum Teil aus der Sowjetzeit ererbt, zum Teil aber auch aus der Transformation hervorgegangen sind, z. B. ein niedriger ländlicher Entwicklungsstand, geringe Produktivität u. a. durch mangelnde Finanzierung wegen ungenügender Kreditmöglichkeiten. Der Staat hat Schritte zur Reform des Agrarsektors eingeleitet, die aber bei weitem nicht ausreichen. Die Weiterentwicklung der Landwirtschaft ist eine Schlüsselaufgabe bei der Weiterentwicklung der Wirtschaft des Landes. Der vorliegende Beitrag fragt nach den Lösungsstrategien und Schlüsselaufgaben für die Schaffung von Wettbewerbsfähigkeit insbesondere im Bereich der Getreide- und Fleischproduktion.

Kasachstan war traditionell stark agrarisch geprägt. Zu Beginn der sowjetischen Herrschaft bestimmte vor allem die pastorale Viehwirtschaft der Kasachen die Landnutzung in der Steppe. Die Kollektivierung, vor allem die Sesshaftmachung der mobilen Viehhalter, sorgte zu Anfang der 1930er Jahre für einen massiven Einbruch der Viehbestände. Zwischen 1928 und 1934 haben sie sich nahezu halbiert. Dies führte zu schweren Hungersnöten, denen Millionen von Menschen zum Opfer fielen. Gleichzeitig schrieb der 1931 verabschiedete Fünf-Jahres-Plan vor, dass die Kasachische SSR jährlich bis zu 1,6 Mio. t Getreide produzieren sollte. Dieser Trend setzte sich mit der sog. Neulandkampagne (russ. Celina) fort. 1954 versuchte die Führung der Kommunistischen Partei durch massive Ausweitung der Anbauflächen das drängende Problem der Getreideversorgung der Sowjetunion zu lösen. Die Neulanderschließung machte aus der Kasachischen SSR eines der größten Getreideanbaugebiete – insgesamt 25,5 Mio. ha Steppenboden wurden unter den Pflug genommen. Große ökologische Probleme (Erosion) waren die Folge. Die Erschließung der riesigen Flächen hat zudem zur Verringerung von Weideflächen geführt – mit entsprechenden Folgen für die Viehzucht und damit verbunden die Fleischproduktion. Dabei war die Kasachische SSR einer der wichtigsten Fleischproduzenten der UdSSR. Die nachhaltigen Veränderungen der ländlichen Strukturen in der Sowjetzeit zeigen Folgewirkungen bis in die heutige Zeit.

Agrarreformen der 1990er Jahre

Bis zur Unabhängigkeit war der landwirtschaftliche Sektor in der Kasachischen SSR wie überall in der UdSSR zu unterschiedlichen Anteilen durch genossenschaftlich organisierte Kolchosen, staatliche Sowchosen und – in

flächenmäßig sehr geringem, aber für die Versorgung sehr wichtigem Maße – persönliche (private) Nebenerwerbswirtschaft geprägt. Die landwirtschaftlichen Reformen begannen im Jahr 1993 mit der Abschaffung der kollektiven Eigentumsform im kasachstanischen Recht. Die bisherigen Genossenschafts- und Staatsbetriebe wurden häufig in Aktiengesellschaften umstrukturiert, ohne dass sich an den Produktionsabläufen etwas änderte. Der Wegfall staatlicher Unterstützung führte jedoch zu einer Verringerung der landwirtschaftlich genutzten Fläche, einem starken Einbruch in der landwirtschaftlichen Produktion und oft auch zum Ausverkauf der Ressourcen der Betriebe durch ihre Direktoren.

Mit dem neuen Landgesetz von 1995 erhielt die ländliche Bevölkerung – neben den aktiven Mitarbeitern und Mitgliedern im landwirtschaftlichen Bereich auch Rentner und Mitarbeiter der sozialen Infrastruktur der Betriebe – auf dem Papier Besitzanteile der landwirtschaftlichen Unternehmen zum ständigen Gebrauch überschrieben. Das Land wurde aber nicht privatisiert, sondern langfristig verpachtet. Ihre Land- und Inventaranteile konnten die neuen Eigentümer, bzw. Pächter, für die Gründung einer Bauernwirtschaft oder als Gründungsbeitrag für eine Aktiengesellschaft, eine Gesellschaft oder eine Genossenschaft in Form einer landwirtschaftlichen Kooperative verwenden. Als dritte Möglichkeit bot sich die Weiterverpachtung der Betriebsteile an andere ehemalige Mitglieder an. Bis 2002 waren 18 % der Besitzanteile in meist großen kooperativen Betrieben angesiedelt, 29 % in Bauernwirtschaften. Weitere 18 % gingen wieder in Staatseigentum über, da sie von niemandem beansprucht wurden. 28 % wurden, meist von Rentnern und wenig Vermögenden, weiterverpachtet. Die letztgenannte Praxis wurde

im Jahr 2003 abgeschafft, die bestehenden Besitzanteile konnten entweder in Bauernwirtschaften oder in größeren Kooperativbetrieben aufgehen. Bereits seit 1993 waren ein leichtes Wachstum der Zahl von Kooperativbetrieben und eine deutliche Zunahme von Bauernwirtschaften bemerkbar.

Die Verbreitung von Kooperativbetrieben (mit durchschnittlich mehreren 1.000 ha Fläche) und meist wesentlich kleineren Bauernwirtschaften zeigt ein klares räumliches Muster. In den Weizenanbaugebieten im Norden Kasachstan sind vor allem große Kooperativbetriebe vertreten, in den Gebieten des arbeitsintensiven Bewässerungsfeldbaus im Süden dominieren Bauernwirtschaften. Daneben hat in allen Landesteilen die persönliche Nebenerwerbswirtschaft in Form von privaten Gärten und Kleingrundstücken und der kleinmaßstäblichen Viehhaltung nach wie vor einen beträchtlichen Anteil (mehr als 50 %) bei der Produktion landwirtschaftlicher Güter.

Aktuelle makroökonomische Bedeutung

Die Landwirtschaft (einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei) hatte im Jahr 2008 einen Anteil von 5,2 % am BIP Kasachstans. Der Agrarsektor liegt damit heute in der Wertschöpfung hinter dem Dienstleistungssektor (60,7 %) und Industrie/Öl- und Gasförderung/Bergbau (31,6 %) weit zurück. Und das, obwohl laut den Zahlen der Agentur für Statistik Ende 2009 mehr als ein Viertel der erwerbstätigen Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt war.

Die landwirtschaftlich genutzte Fläche Kasachstans beträgt 216,7 Mio. ha, davon waren 2009 lediglich 21,4 Mio. ha Ackerfläche. Im Süden des Landes, im Vorgebirgstreifen und im Einzugsgebiet der Flüsse, lassen sich mit Hilfe künstlicher Bewässerung und aufgrund teilweise sehr fruchtbarer Böden (Löß, Schwarzerden) hohe Erträge von Baumwolle, Zuckerrüben, Tabak, Reis, Obst und Weintrauben erzielen. Der Ackerbau wird jedoch durch Getreideproduktion dominiert. Vor allem in Nordkasachstan werden auf über 17 Mio. ha Sommerweizen und Gerste angebaut. Die klimatischen Bedingungen machen aber besonders die nördlichen Steppengebiete zu einer Zone risikoreichen Anbaus. Die Niederschläge (vor allem in Form von Schnee in den Wintermonaten) schwanken zwischen jährlich 250 und 400 mm. Entsprechend können auch die Erträge von Jahr zu Jahr sehr stark schwanken.

Nach Russland und der Ukraine nimmt Kasachstan mit seiner Getreideproduktion den dritten Platz unter den GUS-Ländern ein und zählt zu den weltweit größten Exporteuren von Getreide und Mehl. Im Jahr 2009 hat Kasachstan nach Angaben des Landwirtschafts-

nisteriums eine Rekordgetreideernte von rund 21 Mio. t eingefahren. Dies entspricht einer Steigerung von 35 % gegenüber dem Vorjahr (15,6 Mio. t in 2008). Der durchschnittliche Ertrag von Getreidekulturen pro ha betrug im Jahr 2009 jedoch nur ca. 14 dt, damit liegt Kasachstan nach wie vor weit hinter den wichtigsten Getreideproduzenten der Welt. Neben der Getreideproduktion hat auch der Anbau von Ölkulturen (vor allem Soja) in den vergangenen Jahren erhebliche Zuwachsraten zu verzeichnen.

Weideflächen von 189 Mio. ha. deuten bereits auf eine großen Bedeutung der Viehzucht hin. In Kasachstan werden vor allem Schafe, Ziegen, Pferde, Rinder und Kamele, aber auch – meist in privater Nebenerwerbswirtschaft – Schweine gezüchtet. Hinzu kommt eine zunehmende Bedeutung der Geflügelhaltung. In der Fleischproduktion nimmt Kasachstan die dritte Stelle unter den GUS-Staaten nach Russland und der Ukraine ein. Die Viehzucht ist im ganzen Land verbreitet, entsprechend finden sich Fleisch verarbeitende Kombinate auch in allen Landesteilen. In Kasachstan ist der Fleischkonsum hoch und seit einigen Jahren wieder steigend. Kasachstan importierte im Jahr 2008 – trotz einer eigenen Fleischproduktion von insgesamt 874.000 t – weitere 198.000 t, um der gestiegenen Nachfrage nachzukommen. Neben einer Steigerung der Fleischproduktion ist auch die Verbesserung der Produktionsqualität und -prozesse, und die Modernisierung der Produktverarbeitungstechnologien zu verzeichnen.

Strukturelle Probleme

Meldungen über Rekordernten und steigenden Exporttuschen über die erheblichen Probleme im Agrarsektor des Landes hinweg. Nach wie vor steckt die Landwirtschaft Kasachstans in einer tiefen Krise. Dies betrifft sowohl die ökonomische, wie auch die soziale und ökologische Dimension der landwirtschaftlichen Entwicklung.

Den Hauptgrund für die desolante wirtschaftliche Lage des Agrarsektors bildet die schlechte Finanzausstattung. Landwirtschaftliches Gerät ist überaltert, zudem besteht ein Mangel an Ersatzteilen. Die finanzielle Lage der Betriebe erlaubt nicht einmal dringend erforderliche Ersatzinvestitionen. Die Landwirtschaft ist immer noch von starker Disparität der Preise für landwirtschaftliche Produkte und Input-Faktoren geprägt und kann als defizitär bezeichnet werden. Folglich sind Ersatzinvestitionen in sehr hohem Umfang erforderlich. Zurzeit stehen viele landwirtschaftliche Betriebe Kasachstans vor dem ernstesten Problem, Mittel für langfristige Investitionen für die Erweiterung der Produktion, den Erwerb moderner Ausrüstung und die Einführung neuer Technologien suchen zu müssen.

Fehlendes Umlaufkapital, veraltete Landtechnik und nicht mehr aktuelle Technologien hatten besonders in den 1990er Jahren einen Rückgang der Produktivität in der Landwirtschaft zur Folge. Durch die geringe Effizienz des landwirtschaftlichen Sektors wurde die Versorgungssicherheit im Land gefährdet. Im Jahr 2000 war die Produktion tierischer Produkte gegenüber 1990 regelrecht eingebrochen: die Fleischproduktion lag bei nur noch 39,9 %, die Milchproduktion bei 66 % und die Eierproduktion bei 40 % des Standes von 1990. Folge war eine hohe Importabhängigkeit. Der Bedarf an pflanzlichen Ölen musste zu 58 %, der an Zucker zu 49 %, an Wurst und Fleischerzeugnissen zu 46 % und an Süßwaren zu 55 % durch importierte Produkte abgedeckt werden. Lediglich die Versorgung mit Obst und Gemüse war fast vollständig gesichert.

Trotz steigender Produktionsziffern bleibt die Importabhängigkeit bei verschiedenen landwirtschaftlichen Gütern bis heute erhalten. Dazu kommt, dass Kasachstan zum großen Teil Rohprodukte (Weizen, Roggen, Gerste, Mehl und Reis) exportiert und Produkte einer höheren Verarbeitungsstufe – Fleisch- und Obstkonserven, Milchprodukte, Würstherzeugnisse, Süßwaren, Kindernahrung etc. importiert. Andere wichtige Probleme sind eine heute immer noch zu geringe Einbindung Kasachstans in den internationalen Handel, das Fehlen einer starken Exportstrategie und wichtiger Exportinstitutionen, die schwache Entwicklung von Informations- und Marketingsystemen und -services.

Mit der ökonomischen Dimension der landwirtschaftlichen Entwicklung ist die soziale Entwicklung im ländlichen Raum verknüpft. Trotz des allgemeinen wirtschaftlichen Wachstums steigen die Unterschiede im Einkommens- und Wohlstandsniveau zwischen städtischer und ländlicher Bevölkerung eher, als dass sie abnehmen. Die Einkommen, die in der Landwirtschaft erwirtschaftet werden, gewährleisten nicht einmal einen minimalen Lebensstandard der ländlichen Bevölkerung. Im Agrarsektor werden trotz der günstigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den letzten Jahren nur geringe, mit hohem Risiko behaftete Gewinne erzielt. Wegen des schlechten technologischen Entwicklungsstandes bei Produktion und Verarbeitung der Agrarprodukte sind die einheimischen Produzenten weder auf dem Welt- noch dem kasachstanischen Binnenmarkt konkurrenzfähig. Dies hemmt zusätzlich die Entwicklung auf dem Land und wirkt sich negativ auf die sozial-politische Atmosphäre in der Gesellschaft aus.

Das Problem wird durch die Siedlungsstruktur verstärkt, die ein Ergebnis der technokratischen Politik in der sowjetischen Periode ist, aber den heutigen Anforderungen

an eine wettbewerbsfähige Landwirtschaft nicht entspricht. Das trifft besonders für Siedlungen zu, die von städtischen Zentren weit entfernt liegen. Investitionen in die Entwicklung der sozialen Infrastruktur solcher Dörfer bleiben auch deshalb ineffektiv, weil Land-Stadt-gerichtete Migrationsprozesse unkontrollierbare Ausmaße erreicht haben.

Die ökologischen Probleme der Landwirtschaft können hier nur angerissen werden. Ungeeignete Anbaumethoden hatten schon bei der Neulanderschließung in den 50er Jahren zur Zerstörung der Humusschicht auf riesigen Flächen geführt. In den letzten 15 Jahren soll die Fruchtbarkeit der Böden noch einmal um mehr als Drittel gesunken sein. Mehr als 200.000 ha landwirtschaftlicher Flächen sind bereits unfruchtbar geworden.

Lösungsansätze und Perspektiven

Die häufig technokratischen Methoden, mit denen lokale Behörden in der Vergangenheit versucht haben, die Probleme des ländlichen Raums zu lösen, sind erfolglos geblieben. Ein Großteil der staatlichen Ressourcen wurde ineffektiv für kurzfristige Lösungen verwendet, ohne die Grundprobleme anzugehen. So besteht nach wie vor die Notwendigkeit, Maßnahmen zur nachhaltigen Entwicklung und Anreize für eine sinnvolle Besiedlung der ländlichen Gebiete zu implementieren. So wäre es möglich, Ressourcen in perspektivisch aussichtsreichen Gebieten zu konzentrieren und der Landbevölkerung Beschäftigung und ein akzeptables Einkommensniveau zu sichern.

Angesichts fehlender eigener Mittel und gleichzeitig fehlendem Zugang zu Darlehen besteht vor allem die Notwendigkeit, unkonventionelle Finanzierungsinstrumente zur Verbesserung der wirtschaftlichen Voraussetzungen zu finden. Dabei müssen die jahreszeitlich unterschiedliche Produktivität, der langsame Kapitalverkehr und das erhöhte Produktionsrisiko in der Landwirtschaft berücksichtigt werden.

Aus diesem Grund nimmt die Bedeutung des Leasings (Vermietung von Agrartechnik) im Agrarsektor Kasachstans zu, denn es vereint Elemente der Außenhandels-, Kredit- und Investitionstransaktionen. Doch steht das heutige Wachstumsniveau des Leasings in keinem Verhältnis zu seinem Potential. Die Gründe liegen im beschränkten Zugriff auf Finanzmittel sowie diversen gesetzlichen Hindernissen bei der Finanzierung des Leasings für kleinere und mittlere Unternehmen.

Um das Problem der ungenügenden Selbstversorgung mit landwirtschaftlichen Produkten zu lösen, wurden mehrere staatliche Entwicklungsprogramme zur Agrar- und Lebensmittelproduktion ins Leben geru-

fen. Das erste mit 250 Mrd. Tenge (ungefähr 1,7 Mrd. US-Dollar) ausgestattete Programm für die Jahre 2000–2002 hatte eine Stabilisierung des Ackerbaus und der Tierhaltung sowie die Förderung des wirtschaftlichen Wachstums (und Steigerung des Absatzvolumens) und die Modernisierung der verarbeitenden Industrie zum Ziel. Mit dem zweiten Entwicklungsprogramm für die Jahre 2003–2005 sollte eine effiziente und wettbewerbsfähige Agrarproduktion geschaffen sowie der Absatz und die Qualität landwirtschaftlicher Produkte und deren Verarbeitungserzeugnisse auf den Binnen- und internationalen Märkten erhöht werden. Instrumente dafür bildeten vor allem die Einführung einer marktwirtschaftlich orientierten Gesetzgebung, einer besseren Preisregulierung sowie die Erhöhung der staatlichen Unterstützung (285 Mrd. Tenge, d. h. über 2 Mrd. US-Dollar). Das dritte staatliche Programm in den Jahren 2004–2010 war der sozialen Entwicklung auf dem Land gewidmet, z. B. dem an die Bedürfnisse der Bevölkerung angepassten Wohnungsbau. Bereits in den Jahren 2004–2006 wurden 177,1 Mrd. Tenge (1,4 Mrd. US-Dollar) für dieses Programm zur Verfügung gestellt. Dank dieser Maßnahmen hat sich der Investitionszufluss in die Landwirtschaft von 17,3 Mrd. Tenge im Jahr 2002 auf 55,9 Mrd. Tenge 2007 verdreifacht.

Die sozioökonomische Lage im landwirtschaftlichen Sektor ist aber nach wie vor kompliziert. In Zukunft sollen folgende strategische Prioritäten der Entwicklung der agroindustriellen Produktion gesetzt werden: Sicherung der Lebensmittelsicherheit durch rationale Nutzung der Ressourcen wie des wissenschaftlichen Potentials; Steigerung der konkurrenzfähigen Produktion; Reduzie-

rung der Importe sowie Entwicklung von verarbeitender Industrie und Infrastruktur.

Kasachstan hat die potentiellen Möglichkeiten zur Steigerung seiner Getreideproduktion bis jetzt noch nicht ausgeschöpft. Experten schätzen das Potenzial der Getreideproduktion auf 22–28 Mio. t pro Jahr ein. Nach Berechnungen eines argentinischen Agrarinstituts könnten bei Einsatz moderner Agrartechnologien die Weizenerträge in den nächsten zehn Jahren von aktuell 12 Mio. t auf 22,7 Mio. t pro Jahr steigen. Hier liegt eine der wichtigsten ökonomischen Zukunftsaufgaben. Ihre Realisierung hängt von der Nutzung wissenschaftlich-methodischer Konzepte ab, die bis jetzt praktisch fehlen. Bei Nutzung seiner Reserven zur Produktivitätserhöhung in der Viehwirtschaft kann Kasachstan in Zukunft auch einer der größten Fleischexporteure werden. Denn nach Angaben von Experten übertreffen die Potenziale der Ausfuhr von Fleisch sogar die des Getreideexports. Deshalb ist eine weitere wichtige Aufgabe für die Zukunft weniger die Erhöhung des Viehbestandes, als viel mehr die Entwicklung der Futterbasis und des Systems der Futtermittelversorgung sowie die Verbesserung des genetischen Potenzials der Herden.

Eine wichtige Aufgabe der Agrarpolitik ist und bleibt die Steigerung der Arbeitsproduktivität und Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Agrarproduktion auf dem Weltmarkt. Die Integration Kasachstans in das Weltwirtschaftssystem ist eine komplexe Aufgabe, die mehrere Bereiche beinhaltet und die Berücksichtigung beiderseitiger Interessen und Interdependenzen unterschiedlicher Regionen erfordert.

Über die Autorinnen:

Vera Belaya ist Doktorandin am Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Mittel- und Osteuropa (IAMO) in Halle (Saale). Sie hat Betriebswirtschaftslehre an der Kasachischen Agraruniversität in Astana, Kasachstan, studiert und den Masterstudiengang Agrarmanagement an der FH Weihenstephan in Deutschland absolviert.

Maryna Mykhaylenko ist ebenfalls Doktorandin am IAMO in Halle. Sie hat Unternehmensmanagement und Internationales Management an der Nationalen Agraruniversität in Sumy, Ukraine studiert und anschließend den Masterstudiengang Agrarmanagement an der FH Weihenstephan in Deutschland abgeschlossen sowie einen halbjährigen Forschungsaufenthalt an der University of Missouri-Columbia, USA verbracht.

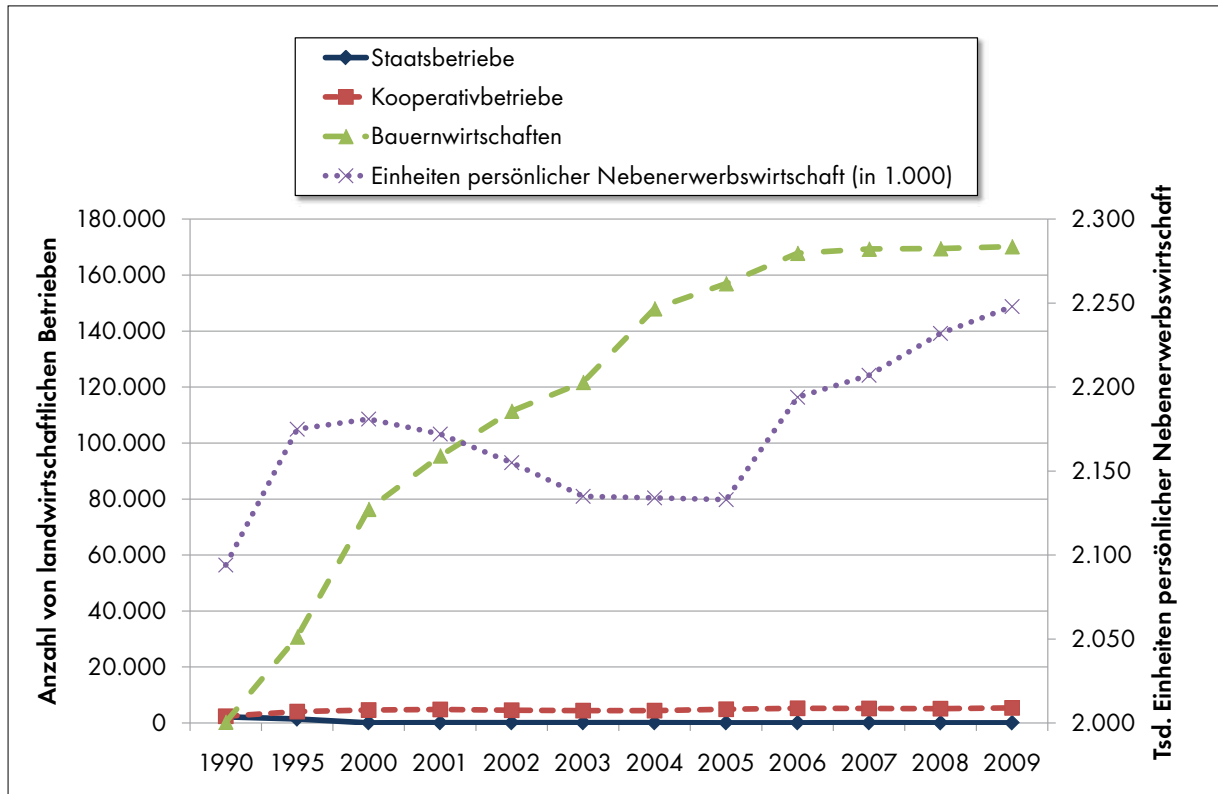
Lesetipps:

- Sebastien Peyrouse, Kazakhstan's cereal power and its regional impact, 07/15/2009, = <http://www.cacianalyst.org/?q=node/5147>
- Joshua Foust, Glutting Kazakhstan's Wheat Industry, 1/26/2010, = <http://www.registan.net/index.php/2010/01/26/glutting-kazakhstans-wheat-industry/>
- J. Wandel, The cluster-based development strategy in Kazakhstan's agro-food sector: a critical assessment from an "Austrian" perspective, IAMO Discussion Paper No. 128, 2010 http://www.iamo.de/dok/_2282.pdf
- Nora Dudwick, Karin Fock, David Sedick, Land Reform and Farm Restructuring in Transition Countries. The Experience of Bulgaria, Moldova, Azerbaijan, and Kazakhstan, 2007, http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDS/IB/2007/06/11/000090341_20070611133815/Rendered/PDF/399770ECA0land101Official0Use0Only1.pdf

Tabellen und Grafiken zum Text

Kennziffern zur Landwirtschaft Kasachstans

Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe nach Besitzverhältnissen

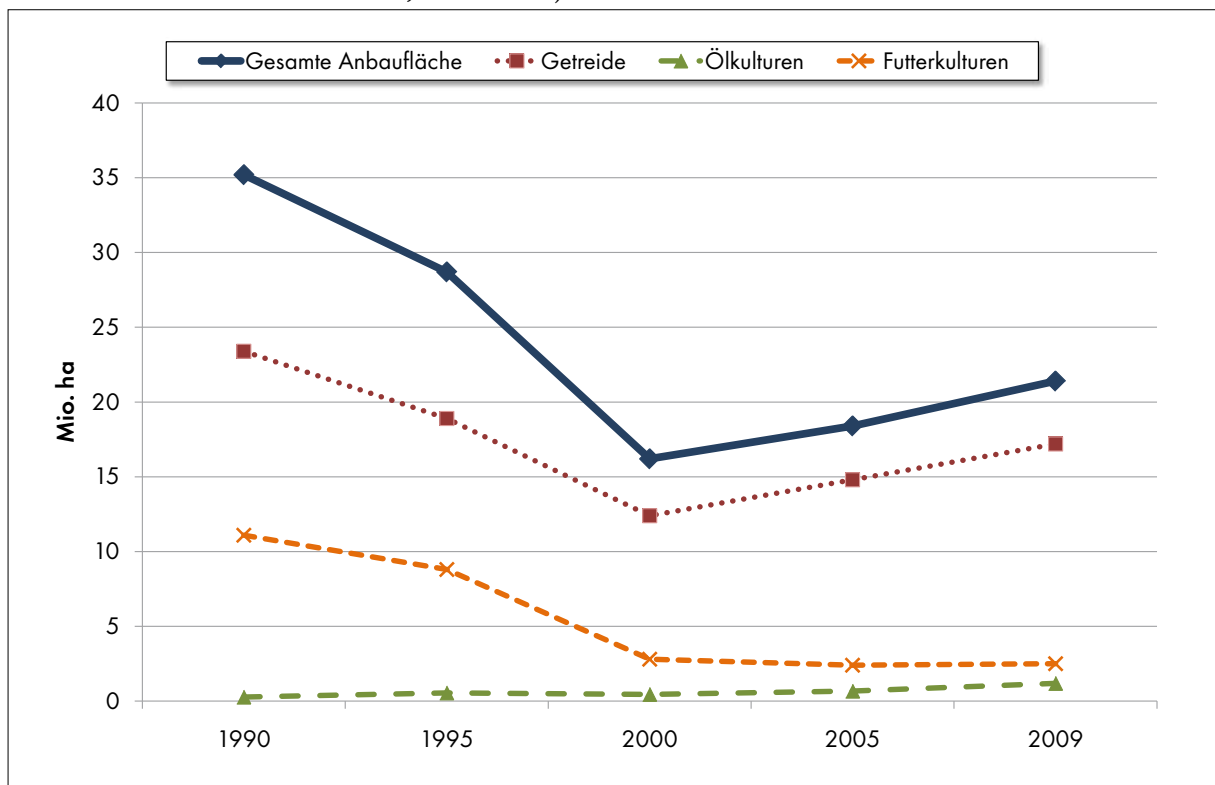


	1990	1995	2000	2001	2002	2003
Staatsbetriebe	2.223	1.405	74	79	82	87
Kooperativbetriebe	2.371	4.095	4.631	4.863	4.538	4.403
Bauernwirtschaften	324	30.785	76.373	95.460	111.434	121.722
Einheiten persönlicher Nebenerwerbswirtschaft (in 1.000)	2.094	2.175	2.181	2.172	2.155	2.135

	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Staatsbetriebe	82	65	65	79	25	35
Kooperativbetriebe	4.434	4.919	5.224	5.203	5.145	5.408
Bauernwirtschaften	148.011	156.978	167.843	169.326	169.481	170.193
Einheiten persönlicher Nebenerwerbswirtschaft (in 1.000)	2.134	2.133	2.194	2.207	2.232	2.248

Quelle: Agentur für Statistik der Republik Kasachstan; www.stat.kz

Bestellte Anbauflächen nach landwirtschaftlichen Kulturen (Gesamte Anbaufläche, Getreide, Ölkulturen und Futterkulturen, in Mio. ha)



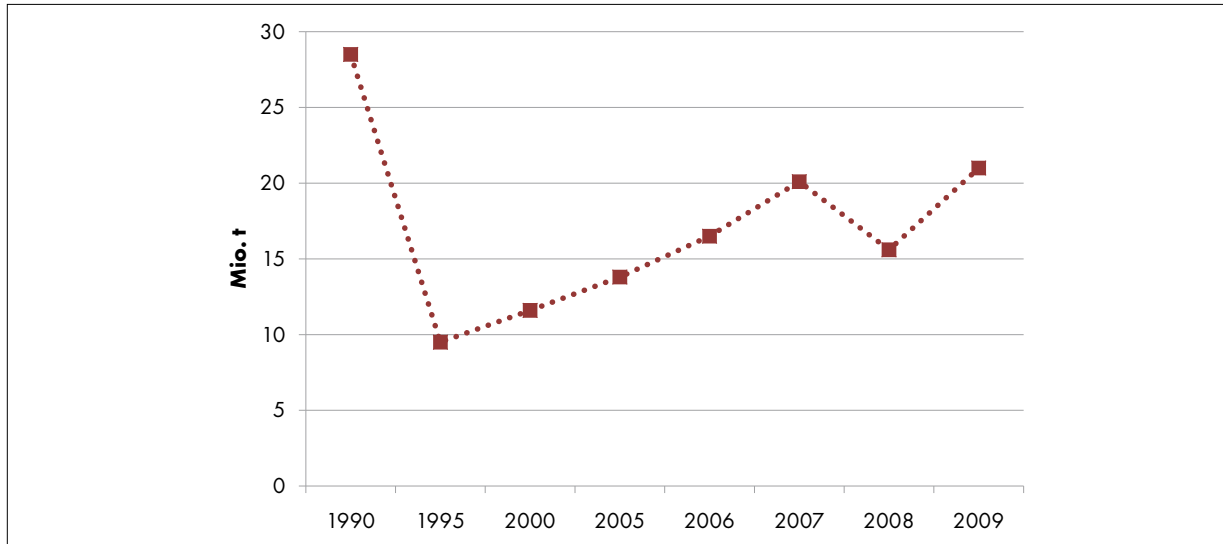
Bestellte Anbauflächen nach landwirtschaftlichen Kulturen (in Mio. ha)

	1990	1995	2000	2005	2009
Gesamte Anbaufläche	35,2	28,7	16,2	18,4	21,4
davon:					
Getreide	23,4	18,9	12,4	14,8	17,2
Ölkulturen	0,27	0,55	0,45	0,67	1,19
Kartoffeln	0,2	0,2	0,16	0,17	0,17
Gemüse	0,07	0,08	0,1	0,11	0,11
Futterkulturen	11,1	8,8	2,8	2,4	2,5

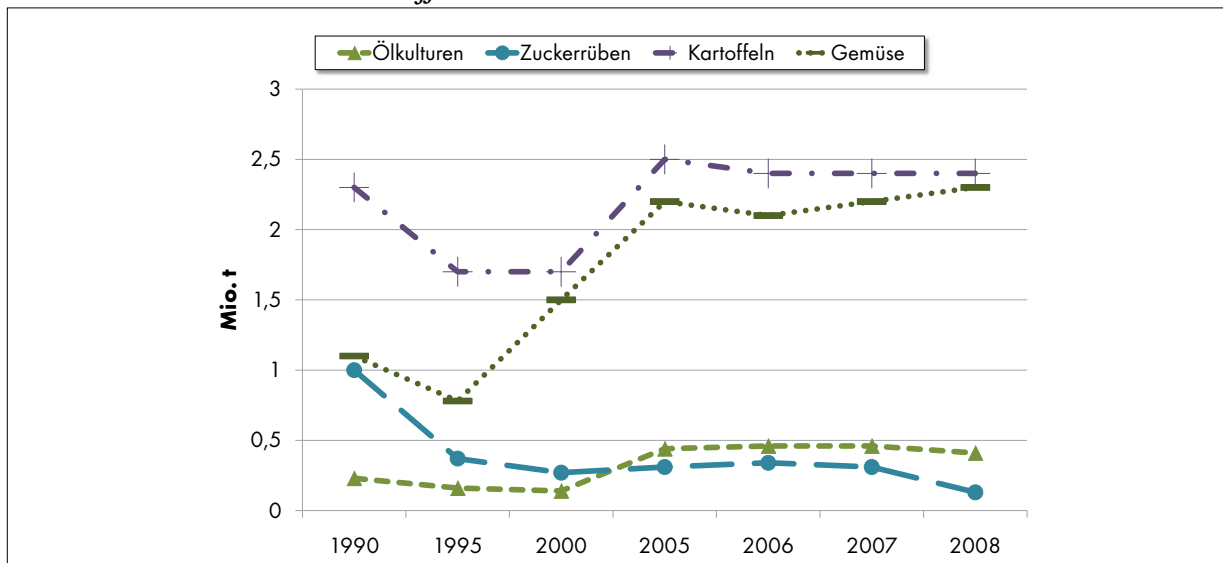
Quelle: Agentur für Statistik der Republik Kasachstan; www.stat.kz

Landwirtschaftliche Produktion nach ausgewählten Anbaukulturen (in Mio. t)

Getreide



Ölkulturen, Zuckerrüben, Kartoffeln und Gemüse

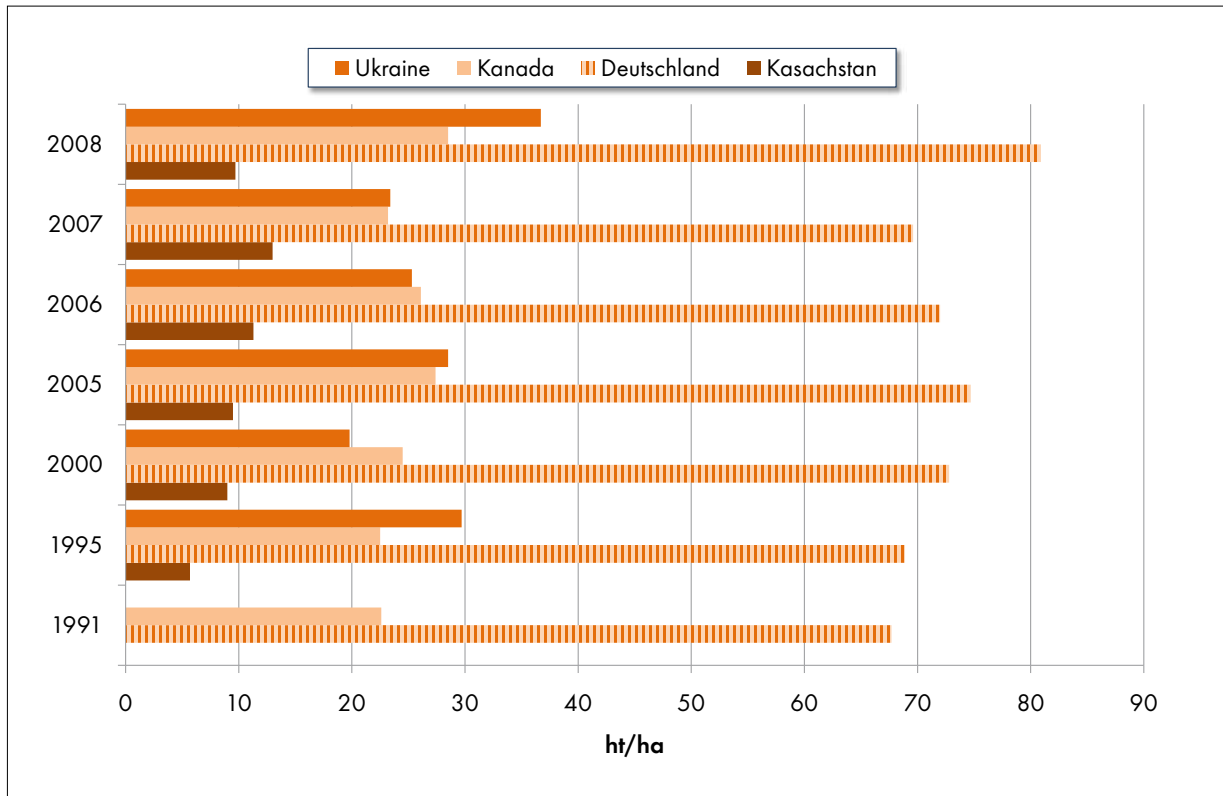


	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Getreide (nach Verarbeitung)	28,5	9,5	11,6	13,8	16,5	20,1	15,6	21
Ölkulturen	0,23	0,16	0,14	0,44	0,46	0,46	0,41	-
Zuckerrüben	1	0,37	0,27	0,31	0,34	0,31	0,13	-
Kartoffeln	2,3	1,7	1,7	2,5	2,4	2,4	2,4	-
Gemüse	1,1	0,78	1,5	2,2	2,1	2,2	2,3	-

Quelle: Agentur für Statistik der Republik Kasachstan; www.stat.kz



Durchschnittliche Erträge von Getreidekulturen im Vergleich (in Hektotonnen je Hektar)



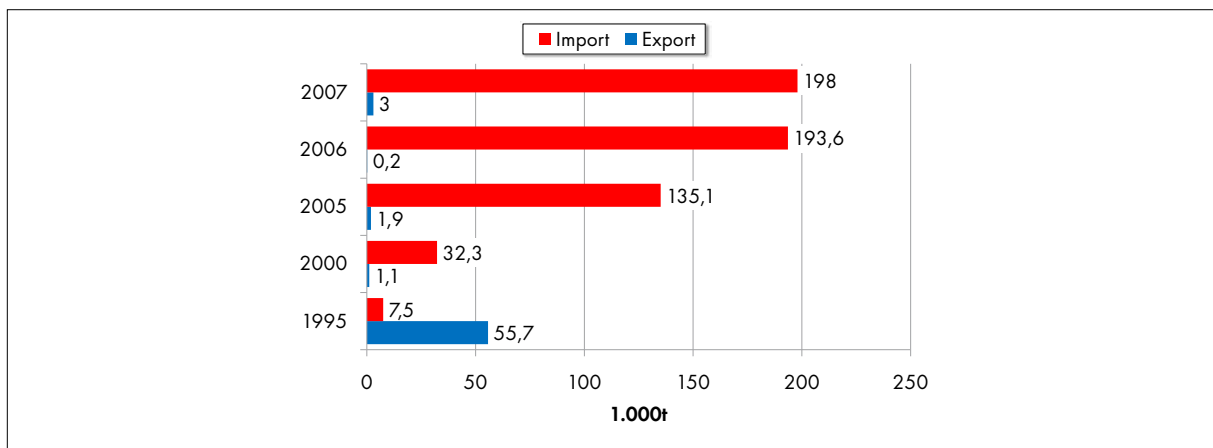
	1991	1995	2000	2005	2006	2007	2008
Kasachstan	-	5,7	9	9,5	11,3	13	9,7
Deutschland	67,7	68,9	72,8	74,7	72	69,6	80,9
Kanada	22,6	22,5	24,5	27,4	26,1	23,2	28,5
Ukraine	-	29,7	19,8	28,5	25,3	23,4	36,7

Quelle: UN Food and Agriculture Organization (FAO) FAOSTAT; <http://faostat.fao.org/>

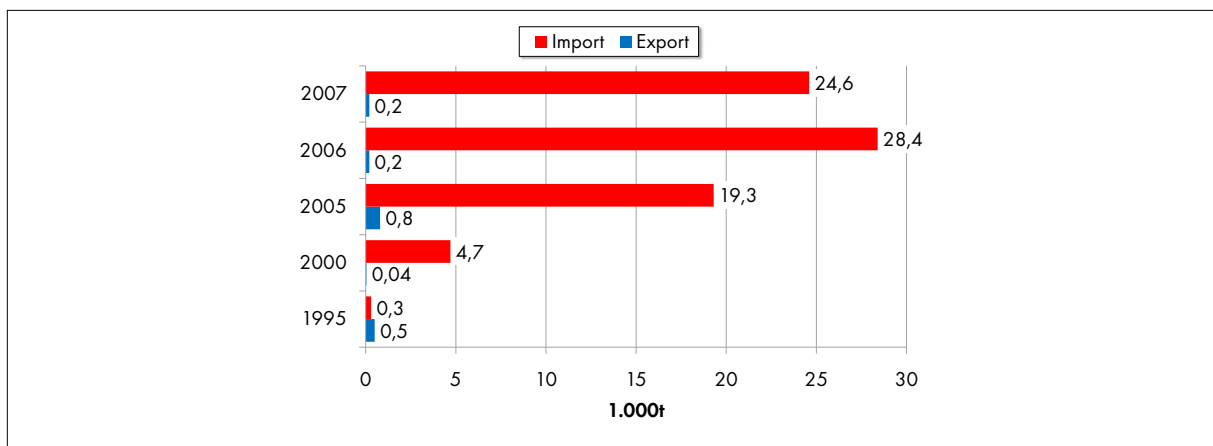


Exporte und Importe wichtiger landwirtschaftlicher Güter (in 1.000t)

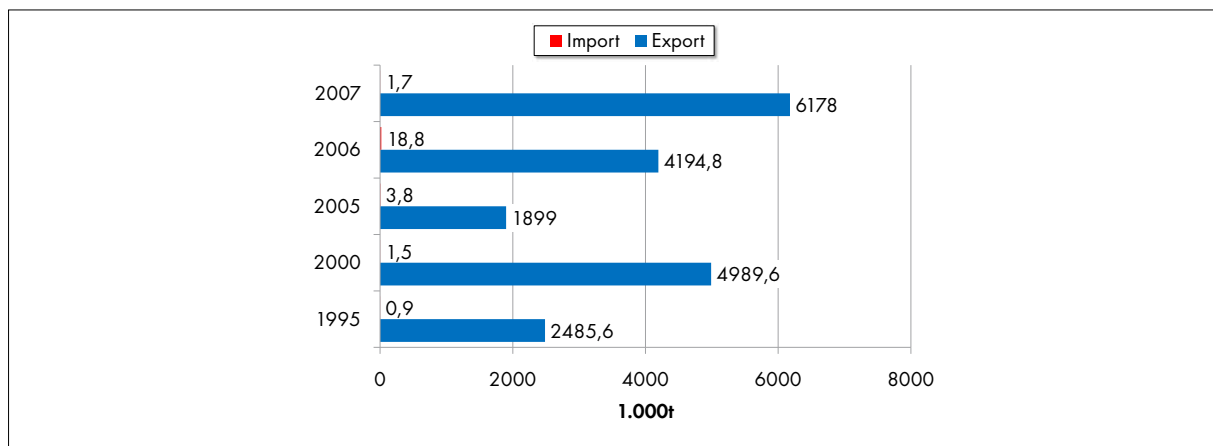
Fleisch (gesamt)



Frischmilch



Weizen



Quelle: UN Food and Agriculture Organization (FAO), FAOSTAT; <http://faostat.fao.org/>

Dokumentation

Wenig Luft um nichts

Die Parlamentswahlen in Tadschikistan – Ergebnisse und Kommentare

Von unseren Medien noch weniger beachtet als die Abstimmungen vor zwei Monaten in Usbekistan, haben am 28. Februar in Tadschikistan reguläre Parlamentswahlen stattgefunden. Wir zeigen ihnen hier die nur an verstecktem Ort publizierten Ergebnisse und, wie gewohnt, einen Überblick über die Reaktionen auf die Wahl in Form von übersetzten Auszügen aus zentralasiatischen Medien. Da diese Wahl, anders als in Usbekistan, nicht nur von ausländischen Wahlbeobachtern aus der GUS und der SCO, sondern auch von der OSZE/ODHIR verfolgt wurde, bietet sich dieses Mal die Möglichkeit, die ganz unterschiedlichen Bewertungen der Organisationen zu vergleichen. Die Texte sprechen für sich selbst, hier seien nur die dort nicht erwähnten wichtigsten Fakten zur Wahl zusammengestellt:

An der Wahl der 63 Abgeordneten der unteren Kammer des Parlamentes beteiligten sich alle acht offiziell zugelassenen Parteien des Landes:

- Volksdemokratische Partei,
- Kommunistische Partei,
- Partei der Islamischen Wiedergeburt,
- Sozialistische Partei,
- Sozialdemokratische Partei,
- Demokratische Partei,
- Partei der ökonomischen Reformen,
- Agrarpartei.

Die Partei der ökonomischen Reformen und die Agrarpartei wurden erst 2006, also nach der letzten Parlamentswahl, gegründet und unterstützen die Regierung.

Nach dem Wahlgesetz Tadschikistans werden 22 Mandate nach einer landesweiten Parteiliste (mit 5 % Hürde) vergeben. 41 werden als Direktmandate nach dem Mehrheitssystem bestimmt, d. h. wenn ein Kandidat nicht im ersten Wahlgang 50 % der Stimmen auf sich vereinigen kann, wird innerhalb von zwei Wochen ein 2. Wahlgang erforderlich.

Für die Parteiliste registrierte die Zentrale Wahlkommission 73 Kandidaten von allen acht Parteien, nur die Volksdemokratische Partei des Präsidenten stellte aber 22 Kandidaten für 22 zu vergebende Sitze auf. Die gemäßigte Partei der islamischen Wiedergeburt, die als Ergebnis des Friedensvertrags nach dem Bürgerkrieg die einzig zugelassene islamische Partei Zentralasiens ist und damit eine Besonderheit darstellt, nominierte immerhin 20. Die übrigen Parteien stellten jeweils weniger als zehn Kandidaten für die Parteiliste auf.

Die für tadschikische Verhältnisse sehr hohe Registrierungsgebühr pro Kandidat (7.000 Somoni = ca. 1.550 US-Dollar) bewirkte auch, dass nur die regierende Volksdemokratische Partei Kandidaten für alle 41 Wahlkreise registrieren ließ, die PIW nur für die Hälfte. Sozialistische und Demokratische Partei stellten gar keine Direktkandidaten auf. Die zunächst 153 registrierten Kandidaten (8 zogen ihre Kandidatur noch zurück) repräsentierten also sechs der Parteien, 70 firmierten als Unabhängige – unter dem Schild der Volksdemokratischen Partei. Es gab in allen Wahlkreisen mehr als einen Kandidaten. In neun bestand aber nur die Auswahl zwischen zwei Kandidaten, in einem traten aber sogar sechs gegeneinander an.

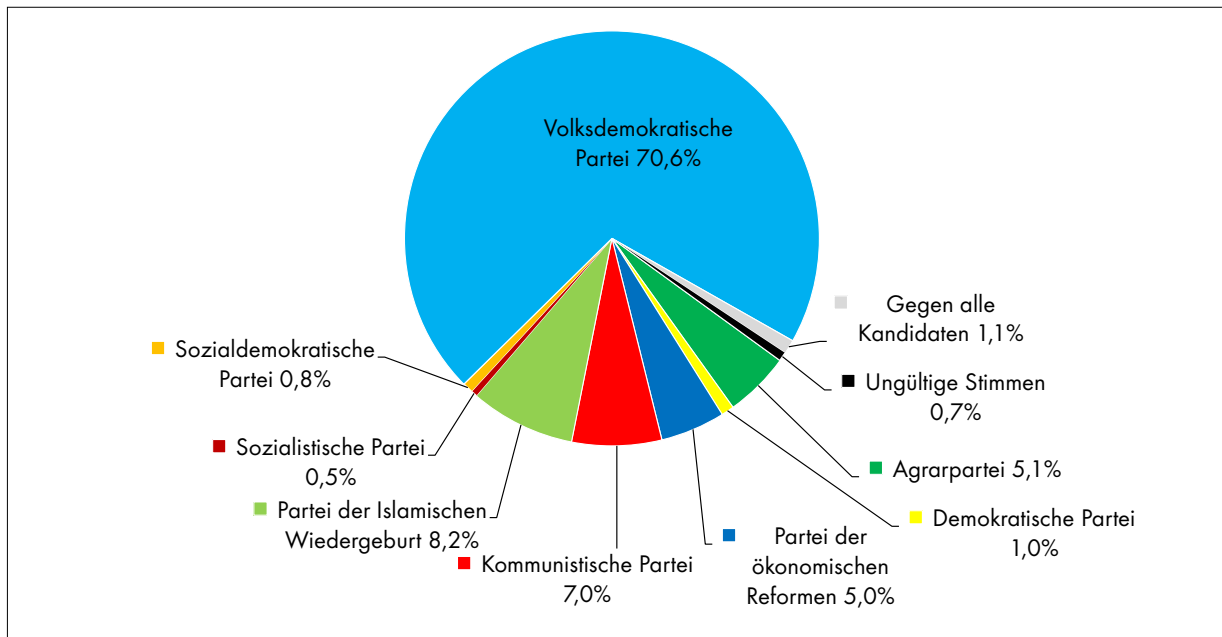
Der Wahlkampf verlief sehr ruhig und stieß auf wenig Interesse bei den ca. 3,46 Mio. Wahlberechtigten. Themen waren der Bau des Wasserkraftwerkes Rogun, das die Energieprobleme Tadschikistans lösen soll, die hohe Arbeitslosigkeit bzw. das Problem der Arbeitsmigranten und weitere soziale Fragen sowie die verbreitete Korruption. Die Wahlbeteiligung soll dennoch bei 85,2 % (nach anderen Quellen 87,1 %) gelegen haben. Nur in einem Wahlkreis (Konibodom) musste am 14.3. eine Stichwahl durchgeführt werden, weil kein Kandidat im ersten Wahlgang 50 % der Stimmen auf sich vereinigen konnte.

Die konstituierende Sitzung des neuen Unterhauses hat bereits am 16. März stattgefunden. Die 34 Abgeordneten für die Obere Kammer des Parlamentes wurden am 25. März bestimmt, Dreiviertel wurden indirekt gewählt (von den Gebiets-, Stadt- und Bezirksparlamenten, bzw. der Volksvertretung von Nagorno-Badachschan) und ein Viertel vom Präsidenten ernannt.

Beate Eschment

Das Ergebnis der Parlamentswahlen und die Zusammensetzung des Parlaments

Das Ergebnis der Parlamentswahlen



	Landesweite Parteiliste		Wahlkreise	Gesamtzahl der Mandate
	Prozent	Mandate	Mandate	
Volksdemokratische Partei	70,6 %	16	39	55
Partei der Islamischen Wiedergeburt	8,2 %	2	-	2
Kommunistische Partei	7,0 %	2	-	2
Agrarpartei	5,1 %	1	1	2
Partei der ökonomischen Reformen	5,0 %	1	1	2
Demokratische Partei	1,0 %	-	-	-
Sozialdemokratische Partei	0,8 %	-	-	-
Sozialistische Partei	0,5 %	-	-	-
Gegen alle Kandidaten	1,1 %	-	-	-
Ungültige Stimmen	0,7 %	-	-	-
Summe	100 %	22	41	63

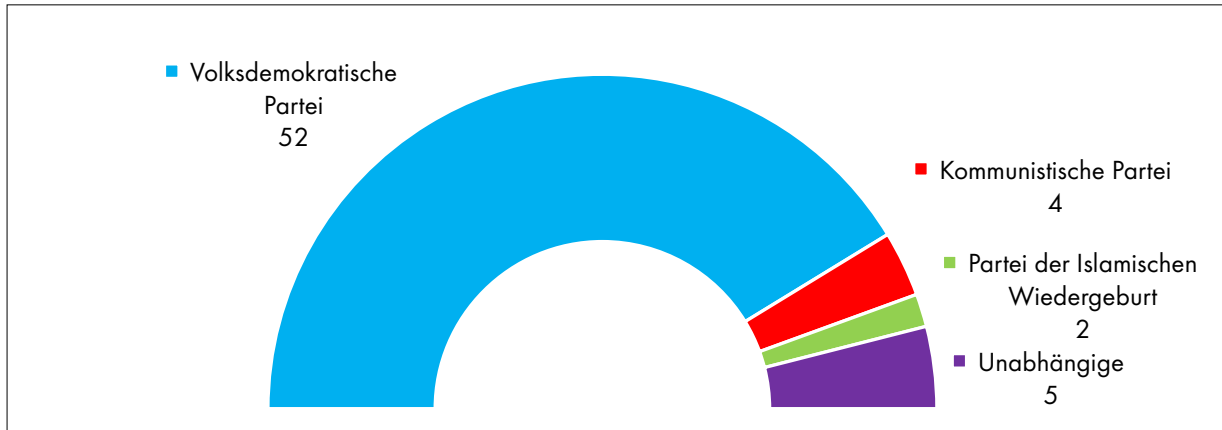
Quellen: http://www.tuj.tj/index.php?option=com_content&task=view&id=343&Itemid=65

<http://www.asiaplus.tj/news/16/63321.html>

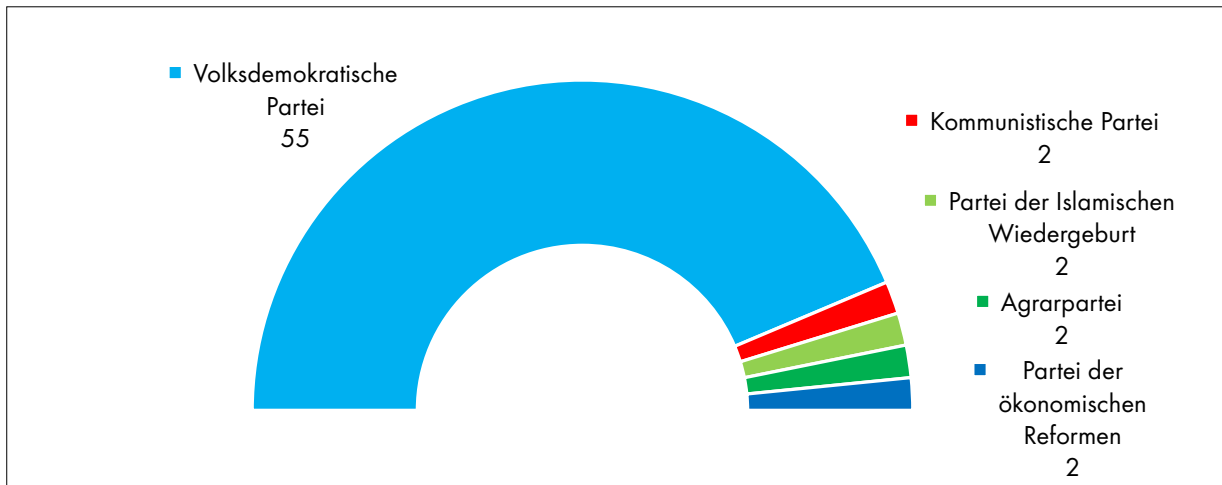
<http://www.asiaplus.tj/news/311/63288.html>

Die Zusammensetzung des Parlaments (Anzahl der Sitze)

2005–2010



Ab 2010



Quellen: http://www.osce.org/documents/odihr/2010/02/42687_en.pdf
<http://www.asiaplus.tj/news/16/63321.html>

Statements und Kommentare zu den Parlamentswahlen

OSZE/ODIHR, OSCE PA, European Parliament

Internationale Wahlbeobachtungsmission. Republik Tadschikistan, Parlamentswahlen –
28. Februar 2010

Erklärung zu den vorläufigen Ergebnissen und Schlussfolgerungen

http://www.osce.org/documents/odihr/2010/03/42852_en.pdf

Vorläufige Schlussfolgerungen

Duschanbe, 1. März 2010 – Die Wahl verlief friedlich, aber trotz gewisser kleiner positiver Schritte haben die Parlamentswahlen vom 28. Februar in Tadschikistan vielen zentralen Grundsätzen der OSZE, die im OSZE-Dokument von Kopenhagen 1990 enthalten sind, sowie anderen internationalen Standards für demokratische Wahlen nicht genügt. Am Wahltag sind trotz des erklärten Ziels der Behörden in Tadschikistan, demokratischere und transparentere Wahlen abzuhalten, schwerwiegende Unregelmäßigkeiten vorgekommen, einschließlich eines hohen Anteils an beobachteten «Stellvertreter- und Familienwählern». Eine positive Entwicklung ist, dass die Zusammensetzung der Wahlkommissionen auf den oberen Ebenen repräsentativer war als bei früheren Wahlen.

Obwohl sich die Regierung und Nichtregierungsorganisationen darum bemühten, das Bewusstsein für das Thema zu wecken, war in der Öffentlichkeit von den Wahlen kaum etwas zu merken. Im Ganzen war von Wahlkampf wenig zu spüren, und er kam erst spät in Gang, zum Teil wegen der späten Registrierung der Kandidaten und zum Teil infolge der Tatsache, dass den Kandidaten sogar erst noch später kostenlose Sendezeit zur Verfügung gestellt wurde. Einige Parteien und Kandidaten boten den Wählern politische Alternativen. Die widersprüchliche Anwendung der Regeln für Wahlkampagnen hat jedoch die Fähigkeit der Kandidaten, insbesondere der Oppositionsparteien, ihren Wahlkampf durchzuführen, beeinträchtigt. Es gab glaubhafte Berichte über mehrere Fälle, bei denen lokale Behörden und Rechtsschutzorgane die Wahlkampfregeln zu Lasten von Oppositionsparteien verletzt haben. Dies hat verhindert, dass gleiche Bedingungen für alle Kandidaten bestanden.

Das Wahlgesetz ist seit 2004 nicht wesentlich modifiziert worden, es enthält immer noch gravierende Mängel. [...]

In der Praxis gibt es im Fernsehprogramm Tadschikistans, das weiterhin die Hauptinformationsquelle für die Bürger bildet, nur eine begrenzte Meinungsvielfalt. Im Gegensatz dazu findet sich in den Printmedien ein breites Spektrum von Ansichten. Deren Wirkung ist jedoch aufgrund ihrer geringen Verbreitung außerhalb der städtischen Zentren und der Tatsache, dass sie in den meisten Fällen nur einmal pro Woche erscheinen, begrenzt. [...]

Im Großen und Ganzen wurden bei der Registrierung der Kandidaten alle Parteien berücksichtigt. Die Summe, welche Kandidaten hinterlegen mussten, wurde jedoch als unangemessen hoch empfunden und hat eine beträchtliche Anzahl von Kandidaten daran gehindert, sich registrieren zu lassen. Nur die regierende Volksdemokratische Partei Tadschikistans (VDPT) hatte Kandidaten für alle zu besetzenden Mandate angemeldet, mit Ausnahme eines Wahlkreises mit Direktmandat. Alle anderen Parteien konnten nur sehr viel weniger Kandidaten melden.

Im Großen und Ganzen hat die Kommission für Wahlen und Referenden (ZKWR) innerhalb der gesetzlichen Fristen gearbeitet, aber ebenso wie den Distriktwahlkommissionen hat es ihr an Transparenz und Offenlegung ihrer Entscheidungen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gefehlt. [...]

Der Wahltag verlief friedlich. [...] Der Abstimmungsprozess wurde nur in 74.8 % der von den Beobachtern besuchten Wahllokale positiv bewertet. Eine hohe Anzahl an Beobachtern hat jedoch den Prozess als solchen als transparent bewertet, soweit sie in der Lage waren, die Wahlvorgänge zu evaluieren. Im Allgemeinen haben die meisten Wahlauschüsse die vorgeschriebenen Wahlprozeduren nicht eingehalten. Schwache Kontrolle der Abläufe hat zu schwerwiegenden Regelverstößen geführt. In etwa der Hälfte der Wahllokale, in denen Wahlbeobachtung stattfand, enthielten die Wählerlisten identische Unterschriften. Stellvertreterwahl (Stimmabgabe für eine andere Person) war weit verbreitet und ist ein gravierender Verstoß.

[...]

Auszählung und Tabulierung wurden von den Beobachtern negativer bewertet als die Abstimmung. Die Auszählung wurde in weniger als der Hälfte der Wahllokale als positiv bewertet. Ein Mangel an detaillierten Instruktionen bezüglich der Auszählungsprozeduren und an Training wurde offensichtlich; das Verständnis der lokalen Wahlausschüsse für die Auszählungsprozeduren wurde in einem Drittel der beobachteten Wahllokale als schlecht oder sehr schlecht bewertet. [...]

Inoffizielle Übersetzung aus dem Englischen von Brigitte Heuer

Erklärung der Wahlbeobachtungsmission der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zu den Ergebnissen der Beobachtung der Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zur Abgeordnetenversammlung (*Madschlisi Namojandagon*) der Obersten Versammlung (*Madschlisi Oli*) der Republik Tadschikistan

<http://cis.minsk.by/main.aspx?uid=15502>

Organisation des Monitoring und die Umstände der Wahlbeobachtung

[...]

Die Zentrale Kommission für Wahlen und Referenden der Republik Tadschikistan (im Weiteren: Zentrale Wahlkommission, ZWK) akkreditierte 160 von der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten entsandte Beobachter.

Die Mission bestand aus Vertretern der Aserbaidsschianischen Republik, der Republik Armenien, der Republik Belarus, der Republik Kasachstan, der Kirgisischen Republik, der Russischen Föderation, der Republik Usbekistan, der Parlamentarischen Versammlung der Mitgliedsstaaten der GUS, der Interparlamentarischen Versammlung der Union Belarus-Russland sowie des Exekutivkomitees der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Die GUS-Beobachter haben Einsicht in die Arbeit der Zentralen Wahlkommission und der Distriktwahlkommissionen und lokalen Wahlkommissionen der Gebiete Sogd und Chatlon und der Stadt Duschanbe genommen.

Im Rahmen des Monitoring der Wahlkampagne ist der Leiter der Mission mit dem Präsidenten der Republik Tadschikistan zusammen getroffen. Im Laufe des Gesprächs hat das Staatsoberhaupt die Überzeugung geäußert, dass die Parlamentswahlen frei, transparent und demokratisch verlaufen werden. [...]

Die gesetzliche Grundlage für die Durchführung der Wahlen zur Abgeordnetenversammlung (*Madschlisi Namojandagon*) der Obersten Versammlung (*Madschlisi Oli*)

[...]

Nach Ansicht der Mission bieten die rechtlich-normativen Grundlagen, die in der Republik Tadschikistan geschaffen wurden, die Möglichkeit, freie und demokratische Wahlen durchzuführen.

Gleichzeitig weist die Mission darauf hin, dass einige Bestimmungen des Wahlgesetzes nicht deutlich genug formuliert sind, dies betrifft insbesondere das Verfahren zur vorzeitigen Stimmabgabe sowie die Stimmabgabe von Wählern außerhalb des Wahlraums [gemeint: mobile Wahlurne für Kranke und Gebrechliche, Anm. der Übers.]. Nach Ansicht der Mission wäre es möglich gewesen, die Bedingungen für die Herstellung und Verbreitung von gedruckter Wahlpropaganda von Seiten der politischen Parteien und Kandidaten im Gesetz zu regeln; ebenso hätte die Möglichkeit bestanden, dass Wahlbeobachter Kopien der Protokolle der lokalen Wahlkommissionen über die Abstimmungsergebnisse erhalten.

Die Wahlvorbereitungen durch die Wahlkommissionen

[...]

Die Arbeit der Zentralen Wahlkommission war von Transparenz und Offenheit bestimmt, ihre Entscheidungen wurden in den Masseninformationsmedien publiziert.

[...]

Die Wahlkampagne

Nach Ansicht der Mission wurden für die politischen Parteien und die Kandidaten gleiche Chancen geschaffen, um ihren Wahlkampf durchzuführen.

[...]

Beschwerden und Eingaben

[...]

Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission hat sie bis einschließlich 28. Februar 41 schriftliche Eingaben erhalten; in vier Fällen hat die ZWK nach Prüfung Beschlüsse erlassen, in den übrigen Fällen wurden den Antragstellern entsprechende Erläuterungen gegeben.

Nach Informationen der Generalstaatsanwaltschaft sind 14 Eingaben bei Organen der Staatsanwaltschaft eingegangen, die vorschriftsmäßig geprüft wurden. Es wurden keine Strafverfahren in Zusammenhang mit Verletzung von Normen der Wahlgesetzgebung eingeleitet.

Das Oberste Gericht hat mitgeteilt, dass drei Beschwerden, welche die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung betrafen, bei Gerichten der Republik eingereicht und in der vom Wahlgesetz vorgesehenen Frist angehört worden sind.

Die von der GUS entsandten Wahlbeobachter stellen fest, dass die Prüfung von Beschwerden über Verstöße im Verlaufe der Wahlkampagne in Einklang mit der Gesetzgebung der Republik erfolgt ist.

Beobachtung der Stimmabgabe und der Auszählung der Wählerstimmen

Am Wahltag haben die Vertreter der Mission 1.011 Wahllokale in 31 Wahlbezirken besucht.

Die Abstimmung ist nach Ansicht der Mission in Einklang mit dem Gesetz und den allgemein anerkannten Normen für die Durchführung demokratischer Wahlen verlaufen, in ruhiger Atmosphäre und unter hoher Wahlbeteiligung.

[...]

In den Berichten, welche die Mitglieder der Mission zur Verfügung gestellt haben, sind einzelne Verstöße gegen die Wahlordnung, wie sie die Gesetzgebung vorschreibt, festgehalten:

Versuche von Wählern, für Mitglieder ihrer Familie mit abzustimmen;

Wahlzettel wurden von Wählern außerhalb der Wahlkabinen ausgefüllt;

Mitglieder einer Familie befanden sich gleichzeitig in einer Wahlkabine.

Nach Meinung der Beobachter sind solche Verstöße nicht massenhaft vorgekommen und haben die freie Willensäußerung der Wähler und die Ergebnisse der Abstimmung nicht beeinflusst.

Schlussfolgerungen und Einschätzung

Nach Ansicht der Mission haben die Organisatoren den Schutz und die Verwirklichung des Wahlrechts der Bürger bei der Durchführung der Wahlen zur Abgeordnetenversammlung der Obersten Versammlung in Einklang mit der nationalen Gesetzgebung gewährleistet.

Die Wahlbeobachtungsmission der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten:

ist der Auffassung, dass die Wahlen zur Abgeordnetenversammlung der Obersten Versammlung der Republik Tadschikistan, die am 28. Februar 2010 stattgefunden haben, in Einklang mit der Verfassung der Republik Tadschikistan und der in der Republik geltenden Wahlgesetzgebung sowie in einer demokratischen Atmosphäre durchgeführt wurden;

erkennt die durchgeführten Wahlen als demokratisch und offen an;

stellt fest, dass die Wahlen die freie Willensäußerung der Bürger gewährleistet und die weitere Stärkung demokratischer Normen im Leben der Republik Tadschikistan demonstriert haben.

Inoffizielle Übersetzung aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Demokratisch, verlässlich und praktisch ...

Online-Portal Respublika, 2.3.2010

<http://www.respublika-kaz.info/news/politics/7855/>

Von Sergej Rasow

In Tadschikistan hat es am Tag der Wahlen zur unteren Kammer des nationalen Parlaments, des *Madschlisi Oli*, im direkten und im übertragenen Sinne gebebt. Die Politiker und Kandidaten zitterten in Erwartung der Ergebnisse der Abstimmung durch ihre Landsleute, und die Bürger wurden am frühen Morgen des vergangenen Sonntag von unterirdischen Erdstößen durchgerüttelt.

Nach Informationen des städtischen Komitees für Katastrophenschutz gab es keine Meldungen über Opfer beziehungsweise Zerstörungen aufgrund des Erdbebens. Dafür kamen vorläufige Informationen über die Wahlergebnisse, sie waren vorhersehbar gewesen – die regierende Partei unter Führung des Präsidenten Emomali Rahmon ist erneut unter den Siegern.

Umfragen habe den Sieg der Machthaber vorhergesagt

Zehn Tage vor der Abstimmung hat die Stiftung für Wahlsysteme mit Unterstützung des Zentrums für strategische Forschungen beim Präsidenten und der Zentralen Wahlkommission die Daten einer soziologischen Umfrage zu den Wahlpräferenzen der Einwohner veröffentlicht. Nach den Daten der sozialwissenschaftlichen Befragung hat ein Drittel der Interviewten geantwortet, dass sie »bestimmt zur Abstimmung gehen werden«, und 41 %, dass sie »eventuell wählen werden«. Die Wahlbeteiligung lag sogar noch höher. Wie die ZWK meldete, haben mehr als 3,1 Millionen von insgesamt 3,5 Millionen Wählern republikweit ihre Stimme abgegeben, was 87,1 % der Wahlberechtigten entspricht.

Die Soziologen haben in ihrer Untersuchung darauf aufmerksam gemacht, dass 87 % der Bürger über die Partei, die an der Macht ist – die Volksdemokratische Partei Tadschikistans (NDPT) – informiert sind. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung kennt zwei andere Parteien, die im Parlament vertreten sind: die Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans (PIWT) und die Kommunistische Partei (KPT). Eines hohen Bekanntheitsgrades kann sich auch die Demokratische Partei Tadschikistans rühmen. Dennoch machte der Wähler laut Umfrage kaum Anstalten, bei den bevorstehenden Wahlen für diese Partei zu stimmen.

Die Mehrzahl der Befragten (68 %) hat geantwortet, dass die NDPT am deutlichsten die Interessen der Bürger vertritt. Die Werte für die PIWT und die KPT waren erheblich bescheidener, nur bei 6 % der Befragten konnten sie beifällige Zustimmung erringen. Und nur jeder zehnte Tadschikistaner war bereit, sein Kreuzchen bei anderen Parteien zu machen.

[...]

Die Registrierungsgebühr betrug 1.550 Dollar pro Kandidat, bei den vorangegangenen Wahlen im Jahre 2005 war sie um die Hälfte niedriger. Nach offiziellen Angaben war die Wahlkommission gezwungen, eine solche für Tadschikistan sehr hohe Gebühr einzuführen, weil der Staat gegenwärtig nicht in der Lage ist, die Wahlen vollständig zu finanzieren. Insgesamt hat die Zentrale Wahlkommission jeder politischen Partei für die Organisation der Wahlen 1.340 US-Dollar aus dem Landeshaushalt zugeteilt und jedem registrierten Kandidaten 223 Dollar.

[...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Die Ergebnisse der Parlamentswahlen zwingen uns, eine härtere Position einzunehmen, – Muchiddin Kabiri

Nachrichtenagentur Avesta, 2.3.2010

<http://avesta.tj/index.php?newsid=4042>

Wir können uns überhaupt nicht damit einverstanden erklären, dass 7,7 % der Wähler bei den vergangenen Parlamentswahlen für unsere Partei gestimmt haben sollen. Die Wahlergebnisse sind verzerrt worden, und zwar auf größte Art und Weise. Am Wahltag sind massenhafte Fälschungen vorgenommen worden. Das erklärte der Vorsitzende der Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans (PIWT), Muchiddin Kabiri, heute im Laufe einer Pressekonferenz in Duschanbe.

»Bei den Wahlen in den Jahren 2000 bis 2005 kam es ausnahmslos zu Verstößen gegen die gesetzlichen Bestimmungen. Aber damals haben wir uns ruhig verhalten, weil wir verstanden haben, dass sich die Gesellschaft nach dem Bürgerkrieg konsolidiert, und wollten nicht irgendwelche Maßnahmen ergreifen. Jetzt ist die Situation eine andere und wir behalten uns das Recht vor, angemessene Maßnahmen zu beschließen«, sagte Kabiri.

Nach seinen Worten könnten die Wahlergebnisse vor Gericht angefochten werden und das Gericht hat das Recht sie zu annullieren. »Wir und unsere Anhänger können im Rahmen der Gesetze einen Hungerstreik ankündigen und Kundgebungen organisieren, aber ich betone, all das muss sich im Rahmen des Gesetzes bewegen«, – unterstrich der Führer der PIWT.

[...]

»Bei den Wahlen im Jahr 2005 erhielten wir 10 % der Wählerstimmen. Aber damals hatten wir sehr viel weniger Parteimitglieder. 7,7 % der Stimmen – das ist lächerlich. All die Jahre haben wir der Regierung aktiv geholfen, viele soziale und wirtschaftliche Probleme zu lösen, da die Regierung nicht in der Lage war, sie allein zu lösen. Die jüngsten Wahlen haben uns ernüchert. In Zukunft werden wir eine härtere Position einnehmen, aber im Rahmen der herrschenden Gesetze«, – erläuterte Kabiri.

[...]

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Die überwältigende Mehrheit

Internetportal Asia Plus, 5.3.2010

<http://www.asiaplus.tj/articles/96/4571.html>

Von Olga Tutubalina

Die vorläufigen Ergebnisse der Wahlen in Tadschikistan sind bekannt gegeben worden – die Mehrheit der Sitze im neuen Parlament werden Repräsentanten der regierenden NDPT (Volksdemokratische Partei Tadschikistans) einnehmen. Die womöglich endgültigen Einschätzungen der Beobachter dieser Wahl sind auch schon veröffentlicht worden. Die GUS und die SCO haben die Wahlen als demokratisch, transparent und frei bezeichnet. Die OSZE und die USA beanstandeten das Fehlen demokratischer Standards und allgegenwärtige Fälschungen und Verstöße. Jene Parteien aber, welche die Wahlen als Farce bezeichnet haben, gehen vor Gericht.

[...]

Der 28. Februar in Bildern

Die Wahllokale (insgesamt im Lande 3.067) waren von 6 Uhr morgens bis 20 Uhr geöffnet.

Die Korrespondenten von »AP« [Asia Plus] haben einige Wahllokale besucht.

... Das Wahllokal Nr. 32 in der Hauptstadt:

Mamadsije Madschidowa, Rentnerin: »Ich habe für die Sozialdemokratische Partei gestimmt. Denn der Führer dieser Partei ist ein kluger Kopf. Das, was er verspricht, hält er auch.«

Tajsigul Jusupowa, Mitarbeiterin der Stadtverwaltung: »Ich habe für die NDPT gestimmt. Denn ich bin schon seit vielen Jahren Mitglied dieser Partei – seit 1998.«

Gulsan Saburowa, Hausfrau: »Wir sind für die Partei der islamischen Wiedergeburt. Sie werden uns die Freiheit geben!«

Dschaloliddin Murodow, arbeitslos, hat für die NDPT gestimmt: »Für wen sollte man denn sonst stimmen? Ich habe ihr Programm gelesen, es hat mir gefallen.«

Dschamsched hat für die PIWT gestimmt: »Sie sind meine Brüder im Geiste, sie sind Gläubige, deswegen habe ich sie gewählt.«

Badriddin Rustamow, Ingenieur: »Alle Parteien sind gut, aber ich habe dennoch der PIWT meine Stimme gegeben. Warum? Sie haben ehrliche Absichten, sie sind reinen Herzens, und man glaubt ihnen. Ich kenne den Führer der Partei nicht, habe ihn nur im Fernsehen gesehen, aber ich fühle, dass man ihm vertrauen kann, dass es mit ihm besser sein wird.«

Adildschon Chakimow, Ökonom: »Natürlich für die NDPT. Diese Partei bedeutet für uns Wohlstand und Zukunft. Sie werden für uns Rogun bauen, sie werden uns auf dem Energiesektor unabhängig machen.«

... Nicht allen, die ihre Stimme abgeben wollten, gelang das im Wahllokal Nr. 45 der Hauptstadt auf Anhieb.

Rachmatillo Sojirow, Vorsitzender der Partei SDPT: »Als ich heute zum Wählen in mein zuständiges Wahllokal kam, hat man mir mitgeteilt, dass mein Name nicht in den Listen ist. ... Dabei lebe ich schon seit 20 Jahren an ein und demselben Ort und bin hier polizeilich gemeldet. Der Leiter meines Stabes und seine Familie standen ebenfalls nicht auf der Wählerliste ... Ich weiß, dass in vielen Wahllokalen die Wählerlisten entweder unvollständig oder ungenau waren.«

[...]

... In Chatlon hat man die PIWT-Beobachter eine Stunde vor Schließung der Wahllokale gebeten, diese zu verlassen, und sie somit nicht zur Auszählung der Stimmzettel zugelassen. »Das ist so abgelaufen, als ob quasi alle Wahllokale eine spezielle Anweisung erhalten haben«, hat der Leiter der Partei im Gebiet Chatlon, Kalandar Sadruddinow, »AP« mitgeteilt.

[...]

... die Führer der Parteien

Der Führer der siegreichen Partei, Emomali Rachmon, ist mit dem Ablauf der Wahl und ihren Ergebnissen zufrieden. Während der Pressekonferenz am 2. März hat der stellvertretende Vorsitzende der NDPT, Safar Safarow, ihn [wie folgt] zitiert: »Die Wahlen in Tadschikistan sind transparent, demokratisch und ruhig verlaufen. Wir haben uns zweieinhalb Jahre auf die Wahlen vorbereitet, im Verlauf des Wahlkampfes haben wir Zusammenkünfte mit über zwei Millionen Menschen veranstaltet und das Ergebnis der Wahlen – 71,69 % der Stimmen – ist recht und billig.«

Nach seinen Worten hat die NDPT während der Wahlen alles getan, um Fälschungen und Verstöße gegen die Gesetze nicht zuzulassen. »Unsere Beobachter haben solche Verstöße nicht feststellen können«, sagte er.

Im Unterschied zu E. Rachmon bewerten die anderen Parteiführer die Abstimmungsergebnisse ziemlich skeptisch. Einige von ihnen haben vor den Wahlen den Verlauf des Wahlkampfes mit Optimismus betrachtet, aber schon der Tag der Abstimmung machte ihre Vorfreude zunichte.

»Die Wahlen, die im Lande stattgefunden haben, sind in Wahrheit eine Parodie gewesen«, sagte beispielsweise der Vorsitzende der Kommunistischen Partei, Schodi Schabdolow.

Die Wahlergebnisse werden nach seinen Worten auf einem Sonderplenium der Partei Ende März diskutiert werden. Bis dahin «werden wir Dokumente über die Fälschung der Wahlergebnisse sammeln und eine Entscheidung fällen, wie wir mit der entstandenen Situation umgehen wollen, – bemerkte der Führer der Kommunisten. – In vielen Wahllokalen, in denen in Wirklichkeit die Kommunisten gesiegt haben, sind in den offiziellen Protokollen die Wählerstimmen, die für die KPT abgegeben worden waren, anderen politischen Parteien zugeschlagen worden, hauptsächlich der NDPT.»

Die PIWT hat erklärt, dass sie absolut nicht mit den Wahlergebnissen einverstanden sei, und hat sie als gefälscht bezeichnet.

[...]

Auch der Führer der Sozialdemokraten Rachmatullo Sojirow beabsichtigt, bei Gericht Beschwerde gegen die Wahlergebnisse einzulegen.

»Die abgehaltenen Wahlen kann man schwerlich als demokratisch und transparent und in Einklang mit internationalen Standards bezeichnen«, – teilte er am Dienstag auf einer Pressekonferenz mit.

[...]

»Die regierende Partei möchte uns nicht im Parlament sehen«, ist Sojirow überzeugt. Und die Wahlergebnisse könnten bei der Bevölkerung zu Vertrauensverlust führen. »Aber wir beabsichtigen, die Abstimmungsergebnisse vor Gericht anzufechten.«

In den fast zwanzig Jahren der Unabhängigkeit Tadschikistans hat der Westen noch nicht eine einzige Wahl bei uns als demokratisch anerkannt.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

In Tadschikistan sind Parlamentswahlen abgehalten worden. Die Wahlbeteiligung lag über 85 Prozent

Internetportal Fergana.ru, 1.3.2010

<http://www.ferghana.ru/news.php?id=14111&mode=snews>

[...]

Ungeachtet der Tatsache, dass die GUS-Wahlbeobachter keine groben Verstöße gegen die Wahlgesetzgebung konstatiert haben, beanstandeten die Führer einiger politischer Parteien schon Unregelmäßigkeiten im Verlauf der Abstimmung. Insbesondere die einflussreiche Partei der islamischen Wiedergeburt Tadschikistans, die 40 Kandidaten aufgestellt hatte, hat beanstandet, dass die Leiter einiger lokaler Wahlkommissionen den Wahlbeobachtern dieser Partei Videoaufnahmen vom Abstimmungsprozess verboten haben.

[...]

»Der Vorsitzende des Wahlbüros und ein Mitglied der Wahlkommission geben an Wähler ohne Pass oder andere Dokumente, die ihre Identität belegen könnten, Stimmzettel heraus. Außerdem wählt eine Person für mehrere ihrer Mitglieder ihrer Familie, dadurch wird das Prinzip »ein Wähler – eine Stimme« verletzt«, meldete ein Beobachter für die Sozialdemokratische Partei Tadschikistans im Wahllokal Nr. 1 der Stadt Kurgan-Tjube.

Nach den Worten der Beobachter gab es solche Fälle von »Familienwahl«, bei denen eine Person für alle Familienmitglieder abstimmt, praktisch in jedem Wahllokal. Nach den Unterlagen der PIWT sind auf einigen Wahlzetteln Kandidaten der NDPT als Kandidaten der PIWT aufgelistet worden; auch hat die Leitung des Instituts für Sport 20 Studierenden verboten, für die PIWT zu stimmen.

[...]

Der Politologe Parwis Mullodschanow ist sich sicher, dass die untere Kammer des Parlaments praktisch nur aus Vertretern einer Partei bestehen wird. »Muchiddin Kabiri, der Führer der Partei der islamischen Wiedergeburt, die zusehends im Lande an Stärke und Ansehen gewinnt, hat zwar verlautbart, dass er mit 10 Sitzen im Parlament rechnet, aber das ist außerordentlich zweifelhaft«, bemerkte der Experte in einem Kommentar von RIAN. Nach seinen Worten wird außer der NDPT keine Partei eine Fraktion bilden können (Minimum – fünf Personen) – falls ihr überhaupt der Einzug ins Parlament gelingt.

Der stellvertretende Leiter der Abteilung Mittelasien und Kasachstan des Instituts der GUS, Andrej Grosin, ist der Ansicht, dass es für die Opposition schon ein gutes Ergebnis sein wird, wenn sie überhaupt im Parlament vertreten ist, um so mehr, da »es in Tadschikistan gegenwärtig keine politische Kraft gibt, die fähig wäre, sich an die Spitze der Opposition zu stellen. Es gibt also keinen Grund, Überraschungen vom Ausgang dieser Wahl zu erwarten«, meldet der Kommersant.

Was den Wahlkampf angeht, so hat er sich merklich von den vorangegangenen Wahlen im Jahre 2005 unterschieden, was sogar die Vertreter der Opposition zugegeben haben. »Die Regierung hat den Oppositionsparteien keine ernsthaften Hindernisse in den Weg gelegt, sie hat deren Vertretern erlaubt, ihren Wahlkampf praktisch ohne Einschränkungen durchzuführen,« – hat der Leiter der oppositionellen Bewegung »Watandor« [Landsmann], Dododschon

Atowulloew, dem Kommersant mitgeteilt. – »Es kam sogar das in Vergessenheit geratene Gefühl einer gewissen Belebung des politischen Lebens auf.«

Experten weisen darauf hin, dass die demokratische Milde, die zurzeit waltet, in Zusammenhang mit den Bemühungen Duschanbes zu sehen ist, sich im Westen ein vorteilhaftes Image zu geben.

»Im Hinblick auf den Westen und seine Hilfe kreierte Duschanbe jetzt das Image eines demokratischen Staates, – erläutert Andrej Grosin. – Allerdings sind bisher all diese Anstrengungen vergeblich – ungeachtet der öffentlichen Appelle der Regierung Tadschikistans an den Westen, Finanzhilfen für die Durchführung der jüngsten Wahlen zu gewähren, haben weder Europa noch die USA auf diese Bitte reagiert.«

Dagegen ist am Wahltag im Internet die Mitteilung aufgetaucht, dass die russische Regierung der tadschikischen Seite unentgeltlich 17 Millionen in Petersburg hergestellte Wahlzettel übergeben hat. Die ZWK Tadschikistans hat diese Information als »maßlose Lüge, Frechheit und Provokation« bezeichnet und unterstrichen, dass alle Wahlzettel in Duschanbe gedruckt worden sind. Solche und ähnliche Mitteilungen haben nur ein einziges Ziel, nämlich die freien, transparenten und demokratischen Wahlen in der Republik zu diskreditieren, zitiert Regnum.ru die ZWK Tadschikistans.

Aus dem Russischen von Brigitte Heuer

Chronik
Vom 20. Februar bis 19. März 2010
Kasachstan

21.2.2010	Der US-Sonderbeauftragte für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, äußert sich bei einem Treffen mit Außenminister Kanat Saudabajew positiv über die Erfolge der Politik Präsident Nursultan Nasarbajews.
22.2.2010	Außenminister Saudabajew erklärt während eines Staatesbesuches in China in einem Interview mit der Zeitung Jemin Jibao, dass Kasachstan mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zur Entwicklung der chinesischen Wirtschaft beitragen wolle.
22.2.2010	Der russische Außenminister Sergej Lawrow erklärt nach einem Treffen mit Präsident Nasarbajew in Astana, dass sein Ministerium alle Pläne des kasachstanischen OSZE-Vorsitzes unterstütze.
22.2.2010	Im zum Gebiet Schambyl gehörenden Schu-Tal werden von einer Sondereinheit der Polizei 220 kg Marihuana beschlagnahmt.
23.2.2010	Das Mitglied des Oberhauses des britischen Parlaments, Viscount Waverley, trifft bei einem Besuch in Astana mit dem Sprecher des Senats, Kasymschomart Tokajew, zusammen.
23.2.2010	Der Herzchirurg Wladimir Boborykin räumt ein, dass er vor Gericht falsche Aussagen über den Gesundheitszustand von Ex-Kazatomprom-Chef Muchtar Dschakijew gemacht hat. Er habe dessen Befinden lediglich nach der Kopie seiner Krankenakte, ohne eine Untersuchung des Patienten beurteilt.
23.2.2010	Ein Gericht in Almaty weist sämtliche Druckereien an, die für den Druck der oppositionellen Zeitung »Respublika. Dubl 2« eingehenden Gelder an die Gerichtsverwaltung der Stadt zu überweisen.
23.2.2010	Die kasachstanischen Behörden lassen LKWs, die sie seit drei Wochen an der Grenze zu China und Kirgistan ohne Angabe von Gründen an der Einreise gehindert hatten, ins Land. Inoffiziell wird die Zollunion für das Problem verantwortlich gemacht.
24.2.2010	Der Bürgermeister von Astana, Imamgali Tasmagambetow, erklärt bei einem Treffen mit Journalisten, dass sämtliche Projekte des anteiligen Wohnungsbaus in der Stadt bis zum Ende des Jahres fertig gestellt werden.
24.2.2010	Der ehemalige stellvertretende Verteidigungsminister Kaschimurat Majermanow und der israelische Unternehmer Boris Scheinkmann werden von einem Militärgericht in Astana wegen Überschreitung von Vollmachten und Korruption zu jeweils 11 Jahren Haft verurteilt.
24.2.2010	Nach einer Umfrage des Instituts für politische Entscheidungen empfindet fast die Hälfte der Befragten, dass es in den zwischenethnischen Beziehungen in Kasachstan Entfremdungserscheinungen gebe.
25.2.2010	Im Gebiet Almaty kommt es aufgrund von Niederschlägen und starkem Tauwetter zu Überschwemmungen. In den Kreisen Ili und Schambyl müssen mehrere Tausend Menschen wegen der Gefahr von Schlammlawinen evakuiert werden.
25.2.2010	Der Fonds SamrukKazyna hat nach eigenen Angaben 897 Mrd. Tenge (6,2 Mrd. US-Dollar), das sind 80 % der für Anti-Krisen-Maßnahmen bereitgestellten Mittel, ausgezahlt.
26.2.2010	Die EU und Kasachstan sind daran interessiert, die Verhandlungen über die Vereinfachung der Prozedur für die Vergabe von Schengen-Visa zu beschleunigen, meldet die Presseabteilung des Außenministeriums.
26.2.2010	Bei der ersten Plenarsitzung des Rats der Unternehmer in Astana fordert Präsident Nasarbajew eine bedingungslose Umsetzung des im Februar verabschiedeten ökonomischen Entwicklungsplans bis zum Jahr 2020.
26.2.2010	Die Generalanwaltschaft verhängt gegen Karachaganak Petroleum Operating eine Strafe in Höhe von 3,09 Mrd. Tenge (ca. 21 Mio. US-Dollar) wegen Umweltvergehen.
27.2.2010	Der Chef der russischen Raumfahrtagentur, Anatolij Perminow, beklagt in einer Stellungnahme, dass die kasachstanische Seite am Weltraumbahnhof Baikonur Missionen seiner Institution behindere.
1.3.2010	Der Parlamentsabgeordnete Irak Elikejew schlägt vor, die Stenogramme von Parlamentssitzungen im Internet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, meldet KazTAG.
1.3.2010	Vize-Premierminister Umursak Schukejew teilt nach Abschluss der Verhandlungen der beteiligten Finanzministerien mit, dass Kasachstan 7,36 % der Zolleinnahmen im Rahmen der Zollunion mit Belarus und Russland erhalten werde.

1.3.2010	Ab dem 1.4. steigen die Gehälter für staatlich finanzierte Stellen, Renten und Stipendien um 25 %. Dafür wurden 53,8 Mrd. Tenge (ca. 364 Mio. US-Dollar) bereitgestellt.
1.3.2010	Die Agentur für Information und Kommunikation öffnet ein Zentrum zur Kontrolle kasachstanischer Webseiten.
2.3.2010	Premierminister Massimow erklärt bei einer erweiterten Fraktionssitzung der Partei Nur-Otan im Parlament, dass er ein BIP-Wachstum von mehr als 7 % im Jahr für gefährlich halte.
2.3.2010	Mehrere nationalistische Politiker fordern die Rückgabe der sterblichen Überreste des Chans Kenesary, der im Jahr 1847 bei einem von ihm geführten Aufstand gegen die Russen getötet wurde, aus Russland und deren Besitzung in Kasachstan.
2.3.2010	Kasachstan und Japan unterzeichnen ein Abkommen über die friedliche Nutzung der Kernenergie, heißt es aus dem japanischen Außenministerium.
3.3.2010	Premierminister Massimow und sein russischer Amtskollege Wladimir Putin erklären nach einem Treffen in Moskau, dass sie das Tempo für die Verwirklichung der Zollunion nicht verringern werden.
3.3.2010	Außenminister Saudabajew reist zu einem Staatsbesuch in die Schweiz. Gespräche mit Vertretern internationaler Organisationen in Genf sind geplant. Saudabajew fordert für Kasachstan einen Sitz im UN-Rat für Menschenrechte.
3.3.2010	Der rumänische Staatspräsident Traian Basescu trifft zu einem Staatsbesuch in Astana ein. Nach einem Treffen mit Präsident Nasarabajew reist Basescu nach Karaganda, wo er der rumänischen Opfer des KarLAG gedenkt.
3.3.2010	Dem kasachstandeutschen Schriftsteller Gerold Belger wird vom deutschen Botschafter Rainer Schlageter das Verdienstkreuz am Bande verliehen.
4.3.2010	Die Wasserversorgung der Hauptstadt des Gebietes Akmola, Kökschetau, ist seit vier Tagen unterbrochen. Die Reparatur eines Lecks an der Hauptleitung der Stadt benötigt aufgrund des gefrorenen Bodens länger als geplant.
4.3.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft überprüft derzeit das Unternehmen Karachaganak Petroleum Operating auf Verstöße gegen das Arbeits- und Zuwanderungsrecht, meldet KazTAG.
4.3.2010	Kasachstanische Mediziner äußern sich besorgt über den sich verschlechternden Gesundheitszustand junger Frauen, der ihre Gebärfähigkeit einschränke. Als Grund wird schlechte Ernährung genannt.
5.3.2010	Bei einem Treffen mit Frauenorganisationen anlässlich des bevorstehenden Frauentages am 8.März äußert Präsident Nasarabajew sein Befremden darüber, dass bei wachsendem Wohlstand der Bevölkerung die Geburtenrate sinke und fordert ein Umdenken.
5.3.2010	China importiert erstmals kasachstanischen Weizen im Umfang von 10.000t.
7.3.2010	Die britische Zeitung Express erklärt in einem Beitrag, dass der kasachstanische Staat britische Ölinteressen gefährde.
9.3.2010	Im Gebiet Ostkasachstan werden mehr als 250 Menschen vom Katastrophenschutz aus Fahrzeugen evakuiert, die in Schneewehen stecken geblieben waren.
9.3.2010	Der Konzern Kasachmys kündigt den Verkauf seines deutschen Tochterunternehmens Mansfelder Kupfer und Messing GmbH an.
9.3.2010	Eine Gruppe von Senatoren beklagt in einer Stellungnahme den ineffektiven Umgang mit Staatsaktiva und fordert personelle Konsequenzen.
9.3.2010	AgriMarket.info meldet, dass Kasachstan auch in dieser Saison Weltmarktführer für Mehlexporte sein wird.
9.3.2010	Außenminister Saudabajew und seine amerikanische Amtskollegin Hillary Clinton vereinbaren bei ihrem Treffen in Washington die Einrichtung regelmäßiger Regierungskonsultationen.
10.3.2010	Im Laufe des Monats Februar hat die Nationalbank 1,7 Mrd. US-Dollar aufgekauft, um dem starken Tenge entgegenzuwirken, berichtet Nationalbankchef Grigorij Martschenko.
10.3.2010	Die U-Bahn in Almaty soll bis Ende des Jahres eröffnet werden, betont der Chef der Abteilung für Transport der Stadtverwaltung, Wladimir Merenkow auf einer Pressekonferenz.
10.3.2010	Premierminister Massimow erklärt, dass das reale BIP-Wachstum in den Monaten Januar und Februar 2010 bei 6–7 % lag.

10.3.2010	In der neuen Liste der Milliardäre der Welt des Magazins Forbes ist Kasachstan (wieder) mit sieben Einträgen vertreten, darunter befinden sich Kasachmys-Chef Wladimir Kim und Präsident Nasarbajews zweite Tochter Dinara Kulibajewa.
11.3.2010	Ein Gericht in Schanaösen, Gebiet Mangystau, erklärt einen Streik von mehreren Tausend Arbeitern von Ösen-MunayGaz, eines Tochterunternehmens von KazMunayGaz, für illegal. Die Streikenden fordern die Rücknahme eines neuen Zahlungssystems und den Rücktritt der Unternehmensleitung.
11.3.2010	In Dresden wird ein weiteres Honorarkonsulat Kasachstans eröffnet. Es ist für Sachsen und Sachsen-Anhalt zuständig.
11.3.2010	Außenminister Saudabajew und sein tadschikischer Amtskollege Hamrochon Zarifi unterzeichnen in Astana ein Kooperationsabkommen.
12.3.2010	Ex-Kazatomprom-Chef Dschakijew wird von einem Gericht in Astana, wie von der Staatsanwaltschaft gefordert, zu 14 Jahren Haft verurteilt.
12.3.2010	Die Ministerien für Industrie und Handel sowie Finanzen werden auf Beschluss von Präsident Nasarbajew zum Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel fusioniert, das von Schanar Aitschanowa geleitet wird. Die Vollmachten des Ministeriums für Kultur und Information auf zwei getrennte Behörden verteilt, für Kultur ist Muchtar Kul-Muchamed, für Kommunikation und Information Ex-Kaztelekom-Chef Askar Schumagaliew zuständig. Ein neues Ministerium für Öl und Gas wird von Sauat Mynbajew geführt.
12.3.2010	Bei schweren Überschwemmungen durch einen Dammbruch werden im Gebiet Almaty mehrere Dörfer überflutet, die Zahl der Todesopfer wird mit 37 angegeben. Inoffizielle Zahlen von Augenzeugen liegen wesentlich höher.
14.3.2010	In Taldykorgan wurde ein Spendenkonto für die Opfer der Überschwemmungskatastrophe im Gebiet Almaty eingerichtet.
15.3.2010	Die Aufräumarbeiten nach der Flutkatastrophe an der Bahnstrecke Almaty-Semei werden nach Angaben des Eisenbahnunternehmens Kazakstan Temir Zholy bis zu zwei Monaten in Anspruch nehmen.
15.3.2010	Präsident Nasarbajew und der russische Präsident Dmitrij Medwedjew erörtern telefonisch Fragen der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen und die Situation der SCO.
16.3.2010	Präsident Nasarbajew reist zu einem Staatsbesuch nach Taschkent.
16.3.2010	Der Chef von ÖzenMunayGaz wird wegen der durch den Streik der Ölarbeiter entstandenen Produktionsverluste entlassen. Der Chef von KazMunayGaz, Kairgeldy Kabyrudin, reist zur Schlichtung nach Schanaösen.
16.3.2010	Premierminister Massimow kündigt staatliche Entschädigungen für die Überschwemmungsoffer im Gebiet Almaty in Höhe von 500.000 Tenge (3.400 US-Dollar) pro Familie an.
17.3.2010	In den Gebieten Akmola, Karaganda und Ostkasachstan werden wegen Überschwemmungen mehrere Fernverkehrsstraßen gesperrt. In der Stadt Pawlodar wird der Ausnahmezustand ausgerufen.
17.3.2010	Kasachstan plant die Kupferproduktion bis zum Jahr 2015 um 25 % zu steigern, erklärt Vize-Premierminister Asset Isekeschew.
18.3.2010	In die durch die Flutkatastrophe zerstörten Dörfer im Gebiet Almaty sind bereits mehr als 1.000 Menschen zurückgekehrt, meldet KazTAG.
19.3.2010	Die Finanzpolizei teilt mit, dass sie Vorwürfen, die der Ex-BTA Bank-Chef Muchtar Abljasow im Februar gegen Präsident Nasarbajews Schwiegersohn Timur Kulibajew erhoben hatte, nicht weiter nachgehen werde. Finanzpolizei-Chef Kairat Koschamscharow glaubt, dass sich Abljasow früher oder später selbst vor der kasachstanischen Justiz verantworten müssen.
19.3.2010	Auch in Russland wird nun gegen Ex-BTA Bank-Chef Abljasow wegen Betruges ermittelt, meldet die Zeitung Kommersant.
19.3.2010	Wegen hoher Lawinengefahr warnt das staatliche hydrologische und meteorologische Institut Kazgidromet vor Besuchen der Bergregionen im Umland von Almaty.

Kirgistan

20.2.2010	Die Vereinigte Opposition erklärt, dass sie nicht an dem von Präsident Kurmanbek Bakijew für den 23.3. einberufenen nationalen Kurultaj (Rat, Volksversammlung) teilnehmen werde.
-----------	---

20.2.2010	Der Kommandant der russischen Militärbasis in Kant, Wladimir Nosow, dementiert Gerüchte, dass der Abzug der russischen Truppen geplant sei. Beim regulären Wechsel der Besatzung am 1. März würden nur, den neuen russischen Gesetzen entsprechend, Familienangehörige nicht mehr mit umziehen.
22.2.2010	Es wird gemeldet, dass Uztransgaz die Gaslieferungen in das Gebiet Osch am Vortag so gesteigert habe, dass jetzt 60 % der Verbrauchernachfrage befriedigt werden könne.
23.2.2010	Auf der 11. Sitzung des Rates für Kooperation zwischen der EU und Kirgistan bringen Vertreter der EU ihre Besorgnis über die Menschenrechtslage in Kirgistan zum Ausdruck.
24.2.2010	Premierminister Danijar Usenow äußert auf einer Pressekonferenz die Hoffnung, dass Kirgistan in absehbarer Zeit der Zollunion von Russland, Belarus und Kasachstan beitreten könne.
24.2.2010	Premierminister Usenow erklärt, dass sein Land keinerlei Missstimmungen mit Usbekistan wegen des Baus des Kambarata I-Wasserkraftwerkes habe.
24.2.2010	Ein Gericht in Osch beschließt, weitere Ermittlungen im Falle des im Herbst 2007 ermordeten Journalisten Alischer Saipow durchzuführen.
24.2.2010	Ein Vertreter der kirgisischen Fluggesellschaft Kirgistan Aba Joldoru bestätigt Meldungen vom Vortag, dass die iranische Luftwaffe ein Flugzeug seiner Gesellschaft über iranischem Territorium zur Landung gezwungen und zwei Passagiere verhaftet habe. Die übrigen hätten danach die Reise fortsetzen können. Einer der Verhafteten soll der Anführer der sunnitischen Rebellengruppe Jundallah, Abdolmalek Rigi, sein.
24.2.2010	In der Gebietshauptstadt Naryn demonstrieren mehr als 1.500 Menschen für die Herabsetzung der Energiepreise.
25.2.2010	Auf Anordnung des Präsidenten wird die russischsprachige regierungsnaher Zeitung Slowo Kirgistan in Slowo Kirgistan Plus mit einer neuen Redaktion umgebildet.
25.2.2010	Die beiden Milizionäre, die im Juli 2009 in Nookat den unabhängigen Journalisten Almasbek Taschijew so verprügelt hatten, dass er einige Tage später in einem Krankenhaus starb, werden zu Freiheitsstrafen von zwei Jahren verurteilt.
26.2.2010	Kirgistan hat beim Antikrisen-Fonds der EurasEC um einen Kredit von 160 Mio. US-Dollar nachgesucht, meldet RIA Nowosti.
27.2.2010	Auf einer turnusmäßigen Sitzung der kirgisisch-russischen Regierungskommission wird das weitere russische Engagement für den Bau des Kambarata-I-Stausees und die Zahlungsbedingungen geklärt. Ergebnisse werden nicht bekannt, es wird aber vermutet, dass es auf absehbare Zeit keinen russischen Kredit für das Projekt geben wird.
1.3.2010	Nahe der Grenze zu Usbekistan im Gebiet Dschalalabad werden zwei usbekische Hirten und der kirgisische Viehbesitzer, der die Grenzer bei ihrem Auftauchen bedroht hatte, festgenommen.
1.3.2010	Nach der 11. Sitzung des europäisch-kirgisischen Kooperationsrates wird bekannt, dass die EU Kirgistan 50 Mio. Euro zur Verfügung stellt und eine erneute Überprüfung des Landeverbotes für kirgisische Fluglinien in Aussicht gestellt hat.
1.3.2010	Das Außenministerium dementiert in einer Erklärung, dass es bei der vom Iran erzwungenen Landung eines kirgisischen Flugzeuges zu Festnahmen gekommen sei.
2.3.2010	Der Kurde, der im Januar eine Achtjährige vergewaltigt haben soll und damit zwischenethnische Zusammenstöße ausgelöst hatte, wird zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt.
2.3.2010	Das Verfassungsgericht erklärt mehrere Gesetze und Dekrete, die die Versammlungsfreiheit einschränkten, für nicht verfassungsmäßig.
3.3.2010	Mehrere NGOs beginnen mit einer Unterschriftensammlung gegen die Erhöhung der Preise für Heizung und Strom.
3.3.2010	Das »Alternative Parlament«, ein Zusammenschluss der (oppositionellen) Parteien, die bei den letzten Wahlen nicht in die offizielle Volksvertretung gewählt wurden, stellt fest, dass die Verwaltungsreformen zu keinen positiven Ergebnissen geführt haben und fordert vom Präsidenten, seine Familienangehörigen von hochrangigen Posten abuberufen.
4.3.2010	Russische Quellen melden unter Berufung auf Richard Holbrooke, den US-Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, dass die Verlängerung des Nutzungsvertrages für den Luftwaffenstützpunkt Manas klar sei und unmittelbar bevorstehe.

4.3.2010	Die Zentrale Wahlkommission bestätigt zwei neue Abgeordnete der Sozialdemokratischen Partei als Nachrücker für die beiden im Februar wegen Vernachlässigung ihrer Amtspflichten ausgeschlossenen Parlamentsabgeordneten.
4.3.2010	An der Grenze zu Usbekistan im Gebiet Batken wird ein usbekischer Staatsbürger von einem kirgisischen Grenzer erschossen, weitere verletzt, als sie ihr Auto weder auf Aufforderung noch nach Schüssen in die Luft an der Grenze zum Stehen brachten.
5.3.2010	Mit der Unterzeichnung des entsprechenden Erlasses eröffnet Kirgistan als letztes zentralasiatisches Land eine Botschaft in Afghanistan.
8.3.2010	30 Politikerinnen und Menschenrechtlerinnen marschieren anlässlich des Welt-Frauen-Tages durch Bischkek, um auf die wachsende häusliche Gewalt aufmerksam zu machen.
9.3.2010	Rosa Otunbajewa lädt in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende des Kurultaj der Oppositionsparteien am 17.3. den Präsidenten, den Premierminister und weitere hohe Amtsträger zur Teilnahme ein.
9.3.2010	Außenminister Kadyrbek Sarbajew betont in einem Zeitungsinterview, dass noch keinerlei Abkommen mit den USA über eine weitere Nutzung des Luftwaffenstützpunktes Manas unterzeichnet worden sei.
9.3.2010	In seinem letzten Bericht als OSZE-Sonderbeauftragter für Freiheit der Medien beklagt Miklos Haraszi u. a. die steigende physische Bedrohung kirgisischer Journalisten.
9.3.2010	In Kirgistan wird bekannt, dass die italienische Staatsanwaltschaft gegen Jewgenij Gurjewitsch, einen US-Bürger kirgistanischer Herkunft, der in Bischkek verschiedenen Unternehmen Vorstand, Haftbefehl wegen Betrugs erlassen hat. Gurjewitsch ist Berater des staatlichen Entwicklungsfonds und unterhält enge Kontakte zu Präsidentensohn Maksim Bakijew.
10.3.2010	Präsident Bakijew erörtert mit General David Petraeus, dem Chef des US Central Commands, Perspektiven der Zusammenarbeit.
10.3.2010	In Naryn demonstrieren erneut zwischen 1.500 – 3.000 Menschen für eine Senkung der Preise für Strom und Heizung, Gouverneur Almasbek Akmatalijew soll unter ihnen gewesen sein.
10.3.2010	Seit dem frühen Morgen sind mehrere unabhängige Internet-Seiten, darunter ferghana.ru und Radio Liberty, in Kirgistan nicht mehr zugänglich. Journalisten vermuten eine Verbindung mit dem Fall Gurjewitsch.
11.3.2010	Aus dem Verteidigungsministerium verlautet, dass im Süden Kirgistans ein durch die USA finanziertes Ausbildungszentrum für die kirgisische Armee gebaut werden solle.
11.3.2010	Die oppositionelle Partei Ata-Meken fordert im Zusammenhang mit dem Fall Gurjewitsch den Rücktritt von Präsident Bakijew und seines Sohnes.
15.3.2010	Führer von Oppositionsparteien und NGOs demonstrieren in Bischkek in der Nähe des OSZE-Zentrums für Medienfreiheit, vor allem gegen die Blockierung der Übertragung des Programms von Radio Liberty.
15.3.2010	Premierminister Usenow wendet sich vor der Presse gegen Gerüchte, dass im Gebiet Naryn Land an China abgetreten werden solle. Die Grenzdemarkierung sei abgeschlossen und würde vom Straßenbauprojekt Torugart-Usgen nicht berührt.
15.3.2010	Im Kreis Alaj werden die Protestaktionen gegen die Verurteilung des ehemaligen Verteidigungsministers Ismail Isakow mit einem Fußmarsch von ca. 300 Anhängern aus seinem Heimatdorf in das Kreiszentrum fortgesetzt.
15.3.2010	Die oppositionelle Zeitung Forum, die u. a. Informationen über den unmittelbar bevorstehenden oppositionellen Kurultaj enthält, wird in die Druckerei beschlagnahmt, mehrere Redakteure verhaftet.
15.3.2010	Ein freier Journalist und zwei Vertreter der Partei Ata-Meken, darunter ein Bruder des Ata-Meken-Führers Omurbek Tekebajew, werden am späten Abend im Bezirk Usgen im Süden Kirgistans zusammengeschlagen.
16.3.2010	Die russische Botschaft protestiert gegen die Blockierung russischer Internetseiten in Kirgistan.
16.3.2010	Ein Gericht in Bischkek verurteilt den ehemaligen Außenminister Alikbek Dscheksenkulow wegen Machtmissbrauchs zu fünf Jahren Haft, spricht ihn aber vom Vorwurf der Beteiligung an der Ermordung des türkischen Geschäftsmannes Servet Cetin frei.
17.3.2010	Es erscheint ein Buch Präsident Bakijews mit dem Titel »Die März-Revolution. Eine historische Chance des Volkes«, in dem die Ereignisse im Frühjahr 2005 und die darauffolgenden politischen Veränderungen analysiert und Zukunftspläne vorgestellt werden.

17.3.2010	Der öffentliche Kurultaj der Opposition findet in Bischkek mit ca. 8.000 Teilnehmern statt. Er verabschiedet ein Paket von Forderungen, darunter die Senkung der Tarife für Strom und Heizung, die Abschaffung der Agentur für Entwicklung, Investition und Innovationen sowie die Einrichtung einer Untersuchungskommission im Fall Gurjewitsch und die Abberufung der Familienmitglieder. Für den Fall, dass die Forderungen nicht innerhalb von 24 Stunden erfüllt werden, werden weitere Maßnahmen in den Regionen angekündigt.
18.3.2010	Präsident Bakijew empfängt den Generaldirektor der ADB für Zentral- und Westasien, Juan Miranda, zu Gesprächen über die weitere Kooperation.
18.3.2010	Der ehemalige Premierminister Igor Tschudinow erklärt in seiner jetzigen Eigenschaft als Vorsitzender des Entwicklungsfonds, dass Jewgenij Gurjewitsch nichts mit dem russischen Milliardenkredit zu tun gehabt habe.
18.3.2010	Die OSZE in Wien fordert die kirgisische Regierung in einem Brief auf, die Blockade von Internet-Seiten und der Radio-Übertragung von Radio Liberty zu beenden.
18.3.2010	Ein Gericht in Bischkek verbietet die beiden kirgisischsprachigen oppositionellen Zeitungen Aschyk Sajast (Offene Politik) und Nasar (Ansicht) zeitweise.

Tadschikistan

20.2.2010	Präsident Emomali Rachmon empfängt den US-Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, zu Gesprächen über die bilateralen Beziehungen.
20.2.2010	Nach Angaben der Zentralen Wahlkommission haben fünf der 153 Kandidaten für die Parlamentswahl, drei davon in einem Wahlkreis (Tursunsoda), ihre Kandidatur zurückgezogen.
21.2.2010	Die Nachrichtenagentur Regnum.ru meldet, dass der Vorsitzende der Allrussischen Bewegung tadschikischer Arbeitsmigranten sich bei den Aufsichtsbehörden über die vom Fernsehsender TNT übertragene Comedy Show Nascha Russia, in der zwei tadschikische Migranten veralbert werden, beschwert hat. Nach seinen Worten ist die Komödie »moralischer Genozid« an Tadschiken.
24.2.2010	Das Parlament nimmt den Armutsreduzierungsplan für 2010–2012 an. Er umfasst 3 Mrd. US-Dollar. Ziel ist es, die Armutsrate bis 2012 auf 43 % zu senken.
24.2.2010	Das Parlament nimmt ohne Diskussion einen Gesetzesentwurf des Präsidenten über eine Amnestie (bis 31.12.2011) für tadschikische Staatsbürger zur Legalisierung versteckter Gelder an.
24.2.2010	Präsident Rachmon erörtert in einem Telefongespräch mit seinem türkischen Amtskollegen Abdullah Gül die weitere ökonomische Zusammenarbeit beider Länder.
24.2.2010	Shigeko Hattori, ADB Direktor für Länderkoordination und regionale Zusammenarbeit, äußert sich auf einer Pressekonferenz zufrieden mit der Anti-Krisen-Politik der tadschikischen Regierung.
23.2.2010	Die bekannte Popsängerin Farsona Chursched wird von einem Gericht in Duschanbe zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe verurteilt, weil sie am 16. Januar ihrem Verlobten bei der Flucht aus einem Gericht geholfen hatte. Der Verlobte wird zu zehn Jahren Haft wegen Rowdytums und Betrugs verurteilt.
25.2.2010	Präsident Rachmon empfängt eine Gruppe von OSZE/ODHIR-Wahlbeobachtern, die sich zufrieden mit dem bisherigen Ablauf der Wahlvorbereitung äußern.
25.2.2010	Präsident Rachmon erörtert telefonisch Fragen insbesondere der bilateralen ökonomischen Zusammenarbeit mit seinem afghanischen Amtskollegen Hamid Karsai.
26.2.2010	Der kirgisische Menschenrechtler Nematillo Botakusijew, der bei UNHCR Duschanbe um politisches Asyl nachgesucht hatte, verschwindet kurz nach Verlassen des Büros spurlos.
28.2.2010	Im ganzen Land finden Wahlen für die untere Kammer des Parlamentes statt.
1.3.2010	Nach den vorläufigen Wahlergebnissen hat die regierende Volksdemokratische Partei 71,7 % der Stimmen erhalten. Auch die Partei der Islamischen Wiedergeburt (7,74 %), die KP (7,2 %), die Agrarpartei (4,86 %) und die Partei der ökonomischen Reformen (4,69 %) haben den Einzug ins Parlament geschafft.
1.3.2010	Die OSZE/ODHIR-Wahlbeobachtungsmission beurteilt in ihrer Interims-Presseerklärung den Ablauf der Wahl kritisch, die Wahlbeobachter der GUS als transparent und auf hohem Niveau.

1.3.2010	Nach einem Treffen mit Präsident Rachmon erklärt der stellvertretende russische Premierminister Igor Schuwalow, dass eine große Zahl von Themen erörtert worden sei, darunter die Sicherheit tadschikischer Gastarbeiter in Russland und die russische Haltung zu tadschikischen Projekten der Energiesicherung.
3.3.2010	Die Partei der Islamischen Wiedergeburt kündigt aus Protest gegen Wahlfälschungen am 28.2. ihren Rückzug aus dem Öffentlichen Rat Tadschikistans an. Dieser war im Rahmen der Befriedung des Landes 1996 gegründet worden. Heute sind in ihm Parteien, NGOs, religiöse Vereinigungen und Vertreter der Staatsorgane vertreten.
3.3.2010	In Duschanbe wird feierlich ein Abkommen über die Fortführung eines Weltbank-Projektes zur Nahrungsmittelsicherheit im Wert von 5 Mio. US-Dollar unterzeichnet.
3.3.2010	Der Medienrat des Landes drückt in einer öffentlichen Erklärung seine Beunruhigung über die gerichtliche Verfolgung dreier Zeitungen aus.
4.3.2010	Präsident Rachmon erörtert telefonisch Fragen des bilateralen Verhältnisses mit seinem russischen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew.
4.3.2010	Aus dem Transportministerium verlautet, dass der von einer chinesischen Firma erbaute und im August 2009 eröffnete Schar-Schar-Tunnel 90 km südlich von Duschanbe bereits schwere Schäden aufweist.
9.3.2010	Präsident Rachmon unterzeichnet ein Dekret, durch das Verwaltungsstrukturen effizienter werden sollen. Damit verbunden ist die Umbenennung und Neubildung von Komitees und die Neuverteilung von Zuständigkeiten.
9.3.2010	Nach Angaben aus Regierungskreisen sind letztlich vier Firmen in der engeren Auswahl für die Erschließung des vermutlich zweitgrößten Silbervorkommens der Welt Konimansuri Kalon.
10.3.2010	Eine Reihe von Umbesetzungen in hohen Ämtern wird bekannt. U. a. werden der Minister für Arbeit und soziale Sicherheit (Schukurdschon Zuhurow) und der Minister für Land und Wasserressourcen (Masaid Homidow) entlassen. Nachfolger werden Mahmadamin Mahmadaminow und Rahmat Bobkalonow.
10.3.2010	Motoo Konishi, Regionaldirektor der Weltbank für Zentralasien, erklärt nach Gesprächen mit Präsident Rachmon vor der Presse, dass alles Notwendige für die Erstellung einer Feasibility-Studie über Rogun durch die Weltbank geklärt sei.
10.3.2010	Interfax meldet, dass das Oberste Gericht Tadschikistans 56 Personen wegen der Mitgliedschaft in der verbotenen muslimischen Vereinigung Dschamaat tablig verurteilt hat, 23 erhielten Freiheitsstrafen von bis zu sechs Jahren, 33 wurden zu Geldstrafen verurteilt.
11.3.2010	Die erste Nummer einer Wochenzeitung über den Pamir erscheint in russischer, tadschikischer und sieben Pamirsprachen in einer Auflage von 2.000 Exemplaren.
11.3.2010	Die Nominierungsfrist für die Kandidaten der (indirekten) Senatswahlen beginnt.
10.3.2010	Nach Angaben aus dem Finanzministerium wurden bislang 770,4 Mio. Somoni (mehr als 176 Mio. US-Dollar) durch den Verkauf von Anteilen für den Bau des Rogun-Wasserkraftwerkes eingenommen.
15.3.2010	Aus verschiedenen Quellen wird bekannt, dass der am 26.2. verschwundene kirgisische Menschenrechtler Nematillo Botakosujew in einer Hafteinrichtung in Duschanbe sitzt und dort gefoltert worden sei.
15.3.2010	Der Leiter des OSZE-Zentrums in Duschanbe, Botschafter Ivar Vikki, gibt bekannt, dass die OSZE die Zusammenarbeit mit tadschikischen Drogenbekämpfungseinrichtungen fortsetzen werde. Im Gespräch sind Summen von knapp 40.000 Euro.
16.3.2010	Die neu gewählte untere Kammer des Parlamentes tritt zu ihrer ersten Sitzung zusammen. In einer Adresse an die Abgeordneten weist Präsident Kritik an den Parlamentswahlen als unbegründet zurück.
17.3.2010	Der Mitbegründer und zugleich geistliche Führer der Partei der Islamischen Wiedergeburt, Muhammadscharif Himmatsoda, stirbt im Alter von 59 Jahren an Krebs.
17.3.2010	Vertreter der tadschikischen und kirgisischen Grenztruppen erörtern in Isfara die Situation an der gemeinsamen Grenze und Zukunftsperspektiven.
18.3.2010	Präsident Rachmon empfängt seinen turkmenischen Amtskollegen Gurbanguly Berdymuchammedow zu Gesprächen vor allem über Wasser- und Energiefragen, aber auch gemeinsame Infrastrukturprojekte und den Kampf gegen Terrorismus und Drogen.

Turkmenistan

20.2.2010	Die Financial Action Task Force on Money Laundering (FATF) hat Turkmenistan in die schwarze Liste der Staaten aufgenommen, die eine Gefahr für das globale Finanzsystem und die internationale Sicherheit darstellen.
20.2.2010	Chronika Turkmenistana meldet, dass einige Minister des Kabinetts, z. B. Handelsminister Bajar Abajew, und andere hohe Verwaltungsangestellte über keine Hochschulausbildung verfügen, während Hochausgebildete mit ausländischen Diplomen keine Stellen finden.
26.2.2010	In einem Telegramm an Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow bedankt sich ehemalige US-Präsident George Bush, Senior, für die Einladung seines Sohnes Neal im Auftrag der amerikanischen Firma »South Oil« nach Turkmenistan.
27.2.2010	In Aschhabad treffen Vertreter der Außenministerien aller Staaten der Kaspischen Region und Zentralasiens zusammen, um über Abrüstung in der Region zu beraten.
1.3.2010	Präsident Berdymuchammedow spricht sich bei einer Sitzung des Nationalen Sicherheitsrats für eine Vereinfachung der Strafrechtsgesetzgebung aus.
3.3.2010	Präsident Berdymuchammedow empfängt den EU-Vertreter für die Staaten Zentralasiens, Pierre Morel, und den Chef der regionalen Delegation der Europäischen Kommission, Norbert Jousten.
4.3.2010	Der UN-Rat für Menschenrechte verschiebt die Beratungen über geheime Gefängnisse, die in dieser Woche stattfinden sollten, auf Juni, berichtet die Deutsche Welle.
5.3.2010	Präsident Berdymuchammedow schlägt vor, dass die ersten Gäste in einer neuen Kuranstalt für Kinder in Awasa am Kaspischen Meer jugendliche Erdbebenopfer aus Haiti sein sollen, meldet die staatliche Nachrichtenagentur TDCh.
10.3.2010	In Wien findet eine Konferenz zum Projekt Nabucco und der Westorientierung Turkmenistans unter Beteiligung von Experten aus Europa, Russland und Turkmenistan statt.
12.3.2010	Die Organisation Reporter ohne Grenzen führt Turkmenistan weiterhin in der Liste »Feinde des Internets« von Staaten, die den Zugang der Bevölkerung zum Internet stark einschränken. Insgesamt sind im Land nur ca. 127.000 Internetnutzer registriert.
16.3.2010	Bei einem Besuch des russischen Außenministers Sergej Lawrow wird zwischen den beiden Außenministerien ein Vertrag über die Zusammenarbeit im Jahr 2010 unterschrieben.
16.03.2010	Das US State Department weist in seinem jährlich erscheinenden Vortrag »Country Reports on Human Rights Practices« auf unzählige Menschenrechtsverletzungen in Turkmenistan hin.
18.3.2010	Der tadschikische Präsident Emomali Rachmon trifft zu einem offiziellen Staatsbesuch in Aschhabad ein.
19.3.2010	Bei turkmenisch-tadschikischen Konsultationen auf höchster Ebene erklärt Präsident Berdymuchammedow die ökologische Bedeutung des geplanten »Sees des Goldenen Jahrhunderts« in der Karakum-Wüste.

Usbekistan

20.2.2010	Drei Polizisten der Taschkenter Untersuchungsbehörden werden zu 15, 13 und sieben Jahren Gefängnis wegen der Annahme von Schmiergeldern verurteilt.
21.2.2010	Der US-Sonderbeauftragte für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, erklärt auf einer Pressekonferenz in Astana, dass es keine US-Pläne für eine Militärbasis in Usbekistan gäbe.
22.2.2010	Ein Gericht in Taschkent spricht die drei wegen Mordes an Mark Weil, dem ehemaligen Direktor des Ilchom-Theaters, angeklagten Männer für schuldig. Der Haupttäter wird zu 20 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, die beiden anderen wegen Beihilfe zum Mord zu 17 Jahren.
23.2.2010	In der offiziösen Prawda Wostoka erscheint erneut ein Artikel, in dem der Bau des Rogun-Wasserkraftwerkes in Tadschikistan als gefährlich kritisiert wird.
24.2.2010	Ein hochrangiger Mitarbeiter von Microsoft trifft mit Repräsentanten der Regierung zu Gesprächen über eine mögliche Zusammenarbeit bei der Einführung neuer Informations- und Kommunikationstechnologien in Usbekistan zusammen.

25.2.2010	Während seines Aufenthaltes in der Ukraine anlässlich der Amtseinführung des neuen ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowitsch trifft Außenminister Wladimir Norow mit seinem ukrainischen Amtskollegen Petr Poroschenko zu Gesprächen über eine Stärkung des politischen Dialoges zusammen.
25.2.2010	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik beträgt die aktuelle Bevölkerungszahl Usbekistans 28,8 Mio. Menschen und ist damit 2009 um 1,7 % gestiegen.
25.2.2010	Ferghana.ru meldet, dass in drei Gebieten Prozesse gegen mehr als 100 Personen wegen Mitgliedschaft in extremistischen Vereinigungen begonnen haben.
25.2.2010	Der Psychologe Maxim Popow wird aufgrund seines Buches über AIDS-Prävention zu sieben Jahren Haft verurteilt. Das Buch verleite die usbekische Jugend zum Drogenmissbrauch. Popow war bereits im Januar 2009 verhaftet und im September für schuldig befunden worden, das Strafmaß wurde aber erst jetzt verkündet.
26.2.2010	Präsident Karimow unterzeichnet ein Dekret über die Schaffung einer Assoziation der Kleinunternehmer und des privaten Unternehmertums.
28.2.2010	Ferghana.ru meldet, dass der größte Teil der Bevölkerung von Andischan schon seit einiger Zeit nicht mehr bzw. unregelmäßig mit Gas und Strom versorgt wird.
1.3.2010	USAID und amerikanische NGOs und Usbekistan beschließen ein Partnerschaftsprogramm zur Versorgung von besonders armutsgefährdeten Kindern und alten Menschen mit Nahrungsmitteln.
1.3.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft hat Haftbefehle gegen mehr als 50 Beschäftigte einiger Großhandelsbasare Usbekistans erlassen.
1.3.2010	Die usbekische Gruppe der unabhängigen Verteidiger der Menschenrechte wirft der Regierung auf einer Pressekonzferenz in Moskau vor, 200 Menschen zu Unrecht der Ermordung von Offiziellen und der Planung einer Coups gegen die Regierung zu beschuldigen.
1.3.2010	Präsident Karimow entlässt den Minister für Höhere und Sekundarbildung, Asimdschon Parpijew und den Minister für Volksbildung, Gajrat Schoumarow. Nachfolger werden Bahodir Chodijew und Awasschon Marahimow.
1.3.2010	Aus der CSTO verlautet, dass eine usbekische Beteiligung an der Anti-Terror-Übung der Organisation im April in Tadschikistan unwahrscheinlich sei.
1.3.2010	Im Gebiet Choresm werden 11 Personen wegen Verbreitung christlicher Bücher und der Lehren der Zeugen Jehovas festgenommen
1.3.2010	Der zweitgrößte Grenzübergang nach Kirgistan, Kara-Suu nahe Osch, ist bis auf weiteres, offiziell wegen Renovierung, geschlossen.
2.3.2010	Die Nationalbank hat der Regierung einen Entwurf über die Einrichtung privater Kreditbüros vorgelegt.
4.3.2010	Im Prozess gegen die 15 wegen des versuchten Mordes an dem Imam-chatib von Taschkent und der Ermordung von mehreren weiteren Personen Angeklagten soll ein Gericht in Tschirtschik nach Angaben von Menschenrechtsorganisationen Freiheitsstrafen zwischen 15 und 18 Jahren verhängt haben.
4.3.2010	Das bisherige Gebäude der Alischer-Nawoi-Bibliothek in Taschkent wird abgerissen. Die Direktorin der Bibliothek warnt von unwiederbringlichen Verlusten und Schäden an den wertvollen alten Beständen der Bibliothek, die in den letzten Jahren mehrfach umziehen musste.
5.3.2010	Ferghana.ru meldet, dass der Präsident des Fußballvereins Pachtakor Taschkent, Batyr Rachimow, verhaftet worden sei. Über die Gründe ist nichts bekannt, sie werden aber weniger in seinem sportlichen Engagement, als in seiner Tätigkeit als Geschäftsmann vermutet.
8.3.2010	Die Händler auf dem bekanntesten Basar von Samarkand sind erstmals geschlossen im Streik. Anlass ist die starke Erhöhung der Mieten für Marktstände.
10.3.2010	Ferghana.ru meldet, dass eine regelrechte Verfolgungskampagne gegen die reichsten Unternehmer der Republik zu beobachten sei. Einige wurden verhaftet, andere haben rechtzeitig das Land verlassen.
10.3.2010	Nach Angaben einer Menschenrechtsorganisation wurde ein führender Mitarbeiter der Untersuchungsbehörden des Bezirks Parkent, Gebiet Taschkent, von Mitarbeitern des Sicherheitsdienstes krankenhaushausreif geschlagen und am nächsten Tag trotz schwerster Verletzungen in Haft genommen.

11.3.2010	Aus Protest gegen die Verhaftung des örtlichen Aktivisten Asamat Jakubow, der sich für den Anschluss seiner Mahalla an die Gasversorgung engagiert hatte, versammeln sich rund 150 Menschen in der Stadt Parkent, Gebiet Taschkent. Nach mehrtägigen Demonstrationen wird Jakubow am 13.3. freigelassen.
12.3.2010	Das UN-Komitee für Menschenrechte beschäftigt sich mit der Menschenrechtssituation in Usbekistan.
12.3.2010	Präsident Karimow ernennt Tursunchon Chudoberganow zum neuen Notstandsminister.
16.3.2010	Usbekischen Radiosendern wird per Anordnung verboten, Musik von Sting und Julio Iglesias zu senden. Beide waren bei verschiedenen Gelegenheiten gemeinsam mit Präsidententochter Gulnara Karimowa aufgetreten, hatten sich danach aber kritisch über die politischen Verhältnisse in Usbekistan geäußert.
16.3.2010	Die Zentralbank entzieht der privaten Alp-Dschamol-Bank die Lizenzen. Der Besitzer der Bank, nach dem gefahndet wird, ist flüchtig.
16.3.2010	Im amerikanischen Kansas-City wird der usbekische Staatsbürger Jachongir Kacharow des Menschenhandels für schuldig befunden.
17.3.2010	Das zuständige Berufungsgericht im Falle der verurteilten Fotografin Umida Achmedowa bestätigt das Urteil der vorherigen Instanz.
17.3.2010	Zum Abschluss des zweitägigen Staatsbesuches des kasachstanischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew in Taschkent betonen beide Seiten Gemeinsamkeiten. Usbekistan unterstützt den von Kasachstan geplanten OSZE-Summit, Kasachstan die usbekischen Bedenken gegenüber den Wasserkraftwerksbauten in den Nachbarländern.
18.3.2010	Uznews.net bringt einen Artikel über das deutsche Engagement zur Schulung usbekischer Soldaten. Demnach werden zurzeit fünf Offiziere ausgebildet, insgesamt seit 1994 165. Selbst während der EU-Sanktionen gegen das Land sei diese Praxis nicht unterbrochen gewesen.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistent: Henryk Alff

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2010 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de



Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de